

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 3,00 M., im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und 22 Pf. Postbetriebsgebühren, Auslandabonnem. 6.— M. pro Monat.

Der „Vormärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Sport und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Berliner Frauenstimme“, „Tagest“, „Blitz in die Bäderwelt“, „Jugend-Vormärts“ und „Stadtbeilage“.

Vormärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Konfessionspolitik des Pflanzens, die in der Reichsversammlung am 25. Juli 1930 (jüngste Sitzung) beschlossen wurde, ist ein weiterer Schritt zur Verfestigung der politischen Fronten. Die Reichsversammlung am 25. Juli 1930 (jüngste Sitzung) hat die Reichsversammlung am 25. Juli 1930 (jüngste Sitzung) bestätigt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vormärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37136. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. D. S. u. Disk.-Ges., Depostenkasse Lindenstr. 3.

Krach in der „neuen Rechten“.

Westarps Rolle. — Landvolk gegen Konservative Volkspartei. — Krach im Reichslandbund.

Obwohl Graf Westarp zum Beirat der neugegründeten konservativen Volkspartei gehört, bleibt seine eigentliche politische Rolle noch dunkel. Er erklärt selbst, daß er sich für die eigentliche Sammlung der konservativen Kräfte in Reserve halte. Man kann daraus schließen, daß er noch auf eine Sammlung von Landvolk und konservativer Volkspartei rechnet.

Indessen sind plötzlich Schranken zwischen der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei und der Neugründung aufgetaucht. Die Landvolkpartei sieht die neue Gründung mit Argwohn und Mißbehagen. Ueber ihre Stimmung wird folgendes mitgeteilt:

„Gegenüber den Räumungen, daß zwischen einer „Stadtliste“ Westarp-Treviranus und den Landvolklisten Listenverbindungen hergestellt werden sollen, erklärte der Vorsitzende der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei, Staatsrat a. D. Höfer, einem Vertreter der „Landvolk-Nachrichten“, solche Listenverbindungen kämen nicht in Frage. Eine Aufgabe der Selbständigkeit der Partei stehe außerhalb des Rahmens jeder Erörterung. Die genannte Korrespondenz bemerkt hierzu, nachdem die konservative Volkspartei gefestigt gegründet worden sei, und da die Landvolkpartei schon rein organisationsmäßig der Ausgangspunkt der Landvolkbewegung sei, gewährte nur der Fortbestand der bestehenden Partei die Zusammenführung der konservativen Kräfte.“

Der Konkurrenzkampf beider Parteien ist also schon im schönsten Gange. Die Landvolkpartei pocht auf ihr höheres Alter und will als alleinigmächtige neue Rechte gelten! Das ist eine ziemlich schroffe Abgabe, die den Westarp- und Treviranus einen Strich durch die Rechnung macht. Es regnet schon durch das neugezimmerete Rotbuch durch!

Aber auch die Landvolkpartei hat ihre Schmerzen. Sie glaubte, durch den Reichslandbund ein Monopol erhalten zu haben, als allein konfessionierte Landvolkliste zu gelten. Nun hat der P o m m e r s c h e L a n d b u n d beschlossen, sich nicht durch den Reichslandbund binden zu lassen, sondern sich völlig freie Hand vorzubehalten.

Die Sphing Schiele aber hat sich noch immer nicht gelöst! Die Sammlung der neuen Rechten scheint demnach im Kampf aller gegen alle um die Mandate zu bestehen!

Das Gesicht der neuen „Volkspartei.“

Konservativ schon — aber wo ist das Volk?

Am Mittwoch hielt die „Konservative Volkspartei“ in Berlin eine Gründungsversammlung ab, an der nach der Berliner „Kreuzzeitung“ auf Einladung u. a. folgende Persönlichkeiten teilnahmen:

„Staatsminister a. D. Dr. Venke, Staatsminister a. D. Schmidt-Ott, Fürst zu Stolberg-Kosla, Graf Dohna-Brunau, Graf Armin-Muskau, Freiherr von Braun, Freiherr von Landsberg, Herr von Waldow-Reichenstein, Präsident Dr. h. c. von Oppen, Präsident von Hahnke, General von Winterfeld, Generalinspektor von Bitt, Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht, Kommerzienrat Ernst von Borjig, Bankdirektor Dr. Solmsen, Dr. h. c. Dräger, Generaldirektor Heubel, Appahütte, Universitätsprofessor Dr. Eduard Meyer, Eggelenz von Willamowitz-Möllendorf.“

Der politische Charakter dieser neuen Gründung liegt nach dieser Anwesenheitsliste klar zutage. Was sich in dem neuen Verein zusammengefunden hat, ist kein Volk, das sich zum größten Teil Reaktionen vom reinsten Wasser.

Grafen und Barone, Generaldirektoren und Bankdirektoren, und zu allem Herr Schacht! Daher der Name „Volkspartei“!

Seldie in Verlegenheit.

Er ist für Treviranus, Hugenberg und Hitler zugleich.

Der Stahlhelm ist in schwerster Verlegenheit, für wen er sich angesichts des Durcheinanders auf der Rechten engagieren soll. In seiner Not hat der Bundesvorstand eine Kundgebung erlassen, in der es heißt:

„Die Stahlhelmliniker wählen nur diejenigen Parteien, die mit uns Volksbegehren und Volksentscheid durchgeführt haben, die entschlossen sind, den Kampf gegen die marxistische Herrschaft in Preußen mit allen Kräften fortzusetzen, und die durch ihr Verhalten zum Stahlhelm eine solche Unterstützung möglich machen.“

Nur diejenigen Parteien — das heißt alles was rechts von der Deutschen Volkspartei ist. Das sind heute immerhin — wenn wir richtig zählen — fünf, vielleicht sogar sechs Parteien! Bon Rumm über Treviranus und Hepp zu Hugenberg und Hitler alles über einen Kamm geschoren; denn sie alle haben ja damals mitgemacht!

Es ist eine erleuchtete politische Weisheit, die in diesem Beschlusse zutage tritt! Die Erklärung ist einfach: der Stahlhelm fürchtet keine völlige Zersplitterung nach dem Muster der Deutschnationalen, deshalb nimmt er die Umgruppierung rechts nicht zur Kenntnis.

Stärkt unseren Wahlfonds!

Der „Interessentenhausen“ der „bürgerlichen Parteien“ sammelt sich zum Wahlkampf, die Sozialdemokratie niederzuringen. Bald wird im Lager der Großagrarier, der Großindustriellen und der Bank- und Börsengewaltigen der Bettelack für die „antimarxistische Front“ geschwungen werden.

Schon vor Jahresfrist erscholl aus Industriellenkreisen der Ruf nach einem Wahlfonds gegen die Sozialdemokratie. Jeder Arbeitgeber soll in ihn 1 Mark pro Kopf der von ihm beschäftigten Arbeiter abführen. Aus den Schweißtropfen ausgebeuteter Proletarier erpreßte Millionenbeträge werden dem bürgerlichen „Interessentenhausen“ zuzuführen.

Redner, Zeitungsredakteure und Flugblattschreiber, die sich dem Meistbietenden verkaufen, werden davon gedungen, „Interessentengruppen“ und Kandidaten damit subventioniert, die politischen Sitten korrumpiert.

Wähler, die ihr Willens und bereit seid, mit uns den Kampf zu führen gegen diese Verklumpung des politischen Lebens, gegen die Bedrohung der Demokratie, gegen die Herabdrückung der Kaufkraft der Massen, gegen wirtschafts- und fortschrittsfeindliche Steuerpläne, gegen die soziale Reaktion,

stärkt unseren Wahlfonds!

Berlin, den 24. Juli 1930.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Platz für die Arbeit!

Der Sinn des Wahlkampfes von 1930.

Von S. Aufhäuser.

Die Entstehungsgeschichte des Kabinetts Brüning, seine geführende Tätigkeit und sein diktatorischer Schlußakt vor der Reichstagsauflösung zeigen eine gerade Linie: Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien im rücksichtslosen Kampf gegen die Sozialdemokratie als der Verfechterin der Arbeiterrechte. Bourgeoisie gegen Arbeiterklasse war der Zweck der Bürgerblockidee Brünings und seiner großkapitalistischen Auftraggeber. Arbeiterklasse gegen Bourgeoisie wird die Antwort im Wahlkampf sein müssen.

Auch die Absonderung der Hugenberge bei der Schlußentscheidung vor der Auflösung des Parlaments darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in dieser historisch bedeutsamen Entscheidung Klasse gegen Klasse gestanden hat. Die Hugenberg-Partei wünscht zwar das Tempo zur Erreichung der reinen Kapitalistenrepublik noch rascher, als es Brüning zu beschleunigen in der Lage war. Darum der Krach bei den bürgerlichen Parteien. Im Ziel sind alle bürgerlichen Parteien einig. Ihr Programm des Antimarxismus ist nichts anderes als der Angriff auf das Leben des arbeitenden Volkes!

Der Klassenkampf in Deutschland ist in ein neues Stadium getreten, in dem die parlamentarische Kraftentfaltung der Sozialdemokratie, als der Partei der schaffenden Volksträfte und damit die Verteidigung der Demokratie von ausschlaggebender Bedeutung sein werden. Bereits die Wähler vom Mai 1928 haben dem Bürgertum gezeigt, daß die Arbeiterklasse das demokratische Wahlrecht als Waffe in ihrem Befreiungskampfe zu nutzen weiß. Die Angst des Bürgertums hat seit dem sozialdemokratischen Wahlerfolg vom Mai 1928 ständig zugenommen. Die Demokratie soll nur so lange gelten, als die bürgerlichen Parteien ihre sichere Mehrheit im Parlament behalten. Je mehr indes die großen Massen der Bertätigten draußen in Betrieb und Wirtschaft auch dazu übergehen, innerhalb des Parlaments und der demokratischen Staatsgewalt zum entscheidenden und maßgeblichen Faktor zu werden, um so schneller entfernen sich das Unternehmertum und seine politischen Vollzugsorgane im Bürgerblock auch von den Grundlagen der Demokratie. Darum ist in diesem Wahlkampfe die soziale Sicherung der Arbeitnehmerschaft vom Schutz der demokratischen Verfassung nicht zu trennen. Das arbeitende Staatsvolk steht gegen die kapitalistischen Hausen von Interessenten, die entschlossen sind, Demokratie und Artikel 48 jeden Augenblick zu vertauschen, sobald sie in der parlamentarischen Minderheit sind.

Es ging seit dem Mai 1928 um den Lohn. Ende 1928 erfolgte von der Nordwestküste Deutschlands der Angriff auf das staatliche Schlichtungswesen, um auf diesem Wege den Lohnabbau betreiben zu können. Die damalige Regierung Müller-Severing-Bissell hat sich schühend vor die ausgesperrten 250 000 Metall- und Hüttenarbeiter gestellt. Der Angriff war abgeschlagen. Das großindustrielle Unternehmertum richtete von nun ab seine Pfeile auf die nächste staatliche Einrichtung des Lohnschutzes, auf die Arbeitslosenversicherung. Auch hier leistete die Regierung Müller, getragen von Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften, erfolgreichen Widerstand. Bis zum März 1930 blieb die Arbeitslosenversicherung in ihren Leistungen gesichert. Das Unternehmertum sah deshalb in der Großen Koalition ein unüberwindliches Hindernis für die Verschlagung der Arbeitslosenversicherung, sie mußte gesprengt werden, um freie Bahn zum Abbau der gesamten Sozialversicherung zu gewinnen.

Brüning, der einstige christlich-soziale Gewerkschaftssekretär, fühlte sich als der starke Mann, den Vernichtungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie und Arbeiterschaft zu führen. Er wollte es so lange jeder der ihm nahestehenden Interessentengruppen recht machen, bis schließlich das Staats- und Volksinteresse unter tausend egoistischen Einzelforderungen völlig verschüttet war.

Aus allen Gegenständen blieb nur ein einheitliches Ziel von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten: Zerschlagung der Sozialversicherung! Hier allein hatte Brüning vollen Erfolg vor Augen. Der Soziale Reichstagsausschuß hatte mit Mehrheit den Abbau der Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Alle kurzfristig beschäftigten gemessenen Erwerbslosen sollten nach eingetretener Arbeitslosigkeit nur noch die Höhe der Krisenfürsorge erhalten. Männer und Frauen, die aus sozialer Not zur Doppelarbeit der Familienmitglieder gezwungen sind, sollen bis auf die Hälfte der Unterstützung geführt werden. Scharfe Bestimmungen gegen die erwerbstätige Frau sollen sie dem Lohndruck gegen die männlichen Kameraden gefügig machen. Draconische Strafbestimmungen

Verschärfte Arbeitskrise.

In Berlin und Brandenburg 450 000 Arbeitsuchende.

In der ersten Hälfte des Juli hat sich die Lage auf dem Berliner und Brandenburgischen Arbeitsmarkt bereits wieder verschärft. Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes Brandenburg (Berlin, Brandenburg, Grenzmark) stieg vom 1. bis 15. Juli die Zahl der Arbeitsuchenden um 27 705 auf 448 994; davon entfielen auf Berlin 353 751, auf die Provinz Brandenburg 89 985 und auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 5258 Personen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung betrug 239 164, in der Krisenunterstützung 64 048, zusammen 303 212 Personen. Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 179 941, wozu noch 52 673 Krisenunterstützte treten.

Im einzelnen hat sich die Nachfrage nach ländlichen Arbeitskräften infolge der beginnenden Getreideernte verstärkt. Auch in

Braunkohlenbergbau hielt die Besserung an. Dagegen ist die Beschäftigung in der Metallindustrie auf einen seit Jahren nicht erreichten Tiefstand angelangt. Auch in der Berichtszeit sind Fachkräfte in großer Zahl zur Entlassung gekommen.

Das Baugewerbe bildet nach wie vor den schwersten Krisenherd. Während die allgemeine Arbeitslosigkeit am Schluß des ersten Halbjahres 86 Proz. höher als am gleichen Tage des Vorjahres war, betrug bei den Bauarbeitern die Steigerung unter Einbeziehung der Bauhilfsarbeiter 278 Proz.

Philipp Scheidemann 65 Jahre alt. Am 26. Juli vollendet der sozialdemokratische Abgeordnete und Reichstagsler a. D. Philipp Scheidemann sein 65. Lebensjahr.

gen, verlängerte Wartezeit der Ledigen, Ausnahmegefeß gegen die gemeindlichen Fürsorgearbeiter würden Jehntausende von Versicherten völlig schulplos ihrem Elend überantworten. Teilarbeit, Aushilfsbeschäftigung, alle sogenannte „geringfügige Beschäftigung“ bis 30 Stunden in der Woche wird „versicherungsfrei“. Jugendliche unter 17 Jahren sind in der zweiten Lesung des Sozialen Ausschusses, entgegen dem Beschluß der ersten, aus der Versicherung hinausgeworfen worden.

Die Wählerarbeit wird zur Regel gemacht, indem die bisherige Mitbestimmung der Selbstverwaltungsorgane aufgehoben ist. In ihrer Häufung bringen die Abbaubestimmungen eine Verwandelung des Rechtsanspruches der Versicherung zur Armenfürsorge. Was obligatorisch bleibt, ist nur die Beitragsleistung. Um diesen Abbau in der Zukunft fortsetzen zu können, wird die Darlehenspflicht des Reiches eingeschränkt. Auch dieser volksparteilichen Kardinalforderung haben sich Zentrum und Demokraten gebeugt. Der Bürgerblock hat ganze Arbeit geleistet!

In der Arbeitslosenversicherung würden rund 100 Millionen Mark im Jahr an den notleidenden Erwerbslosen gespart. Die durch Beitragserhöhung eintretende Mehrlast der Unternehmer wird ausgeglichen, indem in der Krankenversicherung eine Einschränkung der Leistungen beschlossen wurde, die weit über das Doppelte dessen beträgt, was die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung beträgt. Auch in der Krankenversicherung ist das von der Regierung Brüning vorgeschlagene Notopfer der Kranken von der Ausschlußmehrheit restlos angenommen worden. Die Bezahlung des Krankenscheines und des Medizinscheines verwehrt dem Kranken Versicherter, Arzt und Heilmittel in Anspruch zu nehmen. Die Volksgesundheit wird auf äußerste gefährdet, aber es ist doch eine Ersparnis der Produktionskosten, eine Erweiterung der Profitrate des Unternehmertums!

Abbau der Sozialversicherung und Duldung, wenn nicht Unterstützung des Lohnabbaues bilden das letzte Funktüm des Kabinetts Brüning, zu dessen Erfüllung der Artikel 48 angewandt worden ist. Die Wirtschaftskrise soll mißbraucht werden, das Risiko der Krise auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Der Abbau der Arbeitslosenversicherung erweitert den Spielraum zur Lohnföhrung.

So wird dieser Wahlkampf gegen das Bürgertum zum größten politischen Lohnkampf der Arbeiter, Angestellten und Beamten Deutschlands. Mag der Reichspräsident auch noch die Arbeitslosenversicherungsnovelle mit Artikel 48 verkünden oder mag dieser Kampf im Herbst parlamentarisch geführt werden; das große Unrecht, das der Arbeiterklasse vom Bürgerblock zugefügt worden ist, wird das Maß ihres Widerstandes und ihrer organisatorischen Kraftentfaltung unerschöpflich steigern, bis die soziale Reaktion und ihr Bannerträger, der Bürgerblock, überwunden sind. Der 14. September wird in der Entscheidung der Wähler die künftige Raumverteilung im deutschen Volksstaat bestimmen. Schafft Platz für die Arbeit!

Brüning verteidigt sich. Aber mit schlechten Gründen.

Der Reichskanzler Brüning hat es für notwendig gehalten, die Zeit und Weise, wie er mit dem Artikel 48 umspringt, vor der amerikanischen Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Zu diesem Zweck hat er dem Vertreter des „New York Times“ ein Interview gegeben, in dem er noch einmal die Gründe wiederholt, die in der letzten Zeit von amtlicher Stelle und von den Regierungsparteien immer wieder angeführt und ebenso oft von uns widerlegt worden sind.

Wir beschränken uns heute darauf, zwei Punkte seiner Darlegungen zu kritisieren. Erstens verteidigt sich der Reichskanzler mit dem Vorliegen eines „Notstandes“. Damit führt er einen Begriff in die Diskussion ein, für dessen Verwendung in der Reichsverfassung keine Grundlage zu finden ist. Die Reichsverfassung verlangt, um es noch einmal zu sagen, als Voraussetzung für den Erlass von Verordnungen die erhebliche Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Es ist zuzugeben, daß auch diese Begriffe auslegungsfähig sind, aber auf jeden Fall sind sie viel präziser und auherdem viel enger gefaßt, als der des Notstandes. Ein Notstand kann gegeben sein, ohne daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung gestört oder gefährdet ist.

Ferner beruft sich der Reichskanzler auf das preussische Beispiel, unterläßt aber wohlweislich hinzuzufügen, daß der Artikel 55 der preussischen Verfassung wesentlich anders lautet als der Artikel 48 der Reichsverfassung. Hier ist nämlich der „Notstand“ angeführt, den Herr Brüning unberechtigtweise für sich in Anspruch nimmt. Aber es ist auch hier neben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ausdrücklich ein ungewöhnlicher Notstand zur Voraussetzung des Erlasses von Verordnungen gemacht, und außerdem erhält der Artikel 55 der preussischen Verfassung noch andere Bestimmungen, die das Befahren des Verordnungsweges erschweren. Einmal kommen Verordnungen nicht in Frage, wenn der Landtag versammelt ist, und weiter darf sie das Staatsministerium nur in Uebereinstimmung mit dem Ständigen Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung erlassen. Nehaliche Einschränkungen sind in der Reichsverfassung leider nicht vorgesehen, aber eben deshalb hat auch der Reichskanzler kein Recht, das preussische Beispiel zur Rechtfertigung seines eigenen Vorgehens heranzuziehen.

Notverordnung gegen Waffentragen. Zur Sicherung der Wahlbewegung.

Der Reichsinnenminister hat dem Kabinett den Entwurf einer Notverordnung zur Beschlußfassung vorgelegt, die vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 erlassen und für das ganze Deutsche Reich das Tragen von Schuß-, Stich- und Hiebaffen verbieten soll. Die Verordnung wird, wenn sie der Reichspräsident genehmigt hat, in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

Damit folgt der Reichsinnenminister dem Vorbild der Preußenregierung, die eine solche Verordnung für Preußen vorbereitet hat. Durch die Reichsverordnung würde sich die preussische Verordnung erübrigen.

Hugenberg's Suppentopf.

Es quirlt und gärt in allen Winkeln.

Zu den vielen Hugenberg-Papieren gehört auch der „Deutsche Schnellbrief“, eine Zeitungskorrespondenz, die auf die Provinzpresse Hugenbergischer Abhängigkeit losgelassen wird. Dieser Korrespondenz fällt natürlich die Aufgabe zu, für die „Führerschaft“ des großen Kriegs- und Inflationsgewinners jede Banze zu brechen.

So kann man denn in der gleichen Ausgabe zwei Aufsätze lesen, die sich gegenseitig wirkungslos ergänzen. In dem einen „Rechts oder Links?“ heißt es klugvoll:

Klare Scheidung ist notwendig, wer für Freiheit und Ordnung ist und wer für die schwarze Herrschaft eintritt. Da durfte es auch für die deutschnationale Parteileitung kein Schwanken geben. . . Es ist das große Verdienst der Deutschnationalen Volkspartei, daß der Young-Reichstag besetzt ist. . . Die Hoffnung, die Deutschnationale Partei zu zerlegen, kann Herr Dr. Brüning begraben. Sie wird zudem in dem Kampf gegen Erfüllung und Marxismus nicht allein stehen. . . Es gibt für die Wohl nur eins: Rechts oder Links!

Unmittelbar nach diesem pathetischen Aufreiß aber folgt ein zweiter Artikel „Arme Volkspartei“, in dem es nicht minder eindrucksvoll, aber der Wahrheit näher, heißt:

Die Uneinigkeit im bürgerlichen Lager schreit zum Himmel. Es ist ein Kampf aller gegen alle entbrannt und in dem wilden Wirrwarr, der im deutschen Parlamentarismus entstanden ist, stehen nur noch als feste Massfaktoren das Zentrum und die Sozialdemokratie. Zentrum und Sozialdemokratie werden denn wohl auch nach der Neuwahl das feste Preußenbündnis auf das Reich übertragen und so alle Hoffnungen zushanden machen, die . . . über den Weg Brüning's geheiht worden sind. . . Die Sozialdemokratie ist unverdientermaßen der Nutznießer der im bürgerlichen Lager entstandenen Zwietracht.

Ueber das „unverdientermaßen“ wollen wir uns mit den Hugenberg-Leuten nicht streiten. Jedenfalls werden alle Sozialdemokraten alles daran setzen, daß in seiner letzten Voraussetzung das Hugenberg-Papier nicht enttäuscht, sondern noch weit übertroffen wird. Es gilt wirklich, zu zeigen, daß die Sozialdemokratie, die Partei der schaffenden Arbeit, der festeste Massfaktor im Leben der deutschen Republik ist und bleiben wird.

Weitere Absagen an Hugenberg.

Stuttgart, 24. Juli. (Eigenbericht.) Der württembergische Bauernbund zieht am Donnerstag in seinem Organ „Der schwäbische Landmann“ zwischen sich und den Deutschnationalen den Trennungstrich. Seit 1919 sei er mit den Deutschnationalen gegangen. Aber seit Hugenberg die Führung übernommen habe, hätten sich die Abgeordneten des Bauernbundes bei den Deutschnationalen nicht mehr wohl gefühlt. Hugenberg's Politik sei zu sehr „preussisch“ orientiert gewesen und hätte auf die Anschauungen der süddeutschen Abgeordneten zu wenig Rücksicht genommen. Hugenberg sollte sich in den Preussischen Landtag wählen lassen. Dort habe er Gelegenheit, preussische Politik zu machen. Der Bauernbund habe jetzt seine Handlungsfreiheit wieder. Er wünsche, daß sich im Reichstag eine starke Bauernpartei zur Vertretung der wirtschaftlichen und politischen Belange der Landwirtschaft bilde.

Hugenberg und seine Getreuen.

Der Rest der Deutschnationalen um Hugenberg hat gestern eine Parteivorstandssitzung abgehalten, die selbstverständlich mit einem Vertrauensvotum für Hugenberg geendet hat.

Die bayerische Regierungskrise.

Rücktritt des Landwirtschaftsministers Fehr.

München, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Der bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Fehr hat am Donnerstag seinen Rücktritt erklärt. Seine Fraktion hatte schon vor einer Woche ihren Austritt aus der Regierungskoalition beschlossen.

Die Verzögerung des Rücktritts Fehrs war verursacht durch eine Aktion des deutschnationalen Justizministers und seiner Parteifreunde, die darauf abzielten, den Vertrauensmann des Bauernbundes zum Verbleiben in seinem Ministeramt zu veranlassen, um nach Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten des Haushalts die alle Bürgerblockkoalition wieder herzustellen. Den deutschnationalen Urheber dieses Planes war es dabei selbstverständlich in erster Linie um die Rettung ihrer eigenen nicht mehr lange haltbaren Position zu tun, in die sie durch die Zerföhrung ihrer Partei durch Hugenberg auch in Bayern gekommen sind. In Dr. Fehr, der sich selbst offensichtlich in der letzten Etappe seiner Ministerpräsidentschaft befindet, hatten die deutschnationalen Drohzieher einen willkommenen Helfer gefunden. Die nur mühsam in Gang gebrachten Verhandlungen mit dem Bauernbund haben aber

zu keinem Ergebnis geführt, so daß der Rücktritt Fehrs unvermeidlich war.

Die Wirtschaftskrise in Sachsen.

Wohlfahrts- und Krisenfürsorge zerrütten Gemeindefinanzen

Dresden, 24. Juli.

Der Vorstand des Verbandes der sächsischen Bezirksverbände hat am Donnerstag die durch die steigenden Lasten der Krisen- und Wohlfahrts- und Krisenfürsorge völlig erschütterte Finanzlage der Bezirksverbände und Bezirksvereine erneut eingehend erörtert. Es wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der die sächsische Regierung dringend gebeten wird, den Bezirksverbänden und Bezirksvereinen für die bisher erwachsenen und bis zur Neuregelung durch das Reich noch entstehenden Lasten der Wohlfahrts- und Krisenfürsorge ungekürzt aus reichsweiten Sonderbeiträgen zur Verfügung zu stellen, im übrigen aber die Reichsregierung auf den Ernst und das Unhaltbare der Lage sowie auf die Notwendigkeit zu unverzüglichen durchgreifenden Hilfsmassnahmen mit allem Nachdruck hinzuweisen.

Der nicht nordische Goebbels und der wackelnde Jude als Dakentzugswart.

Das Blatt von Otto Stroher veröffentlicht einen anonymen Brief, den es von einem Goebbels-Anhänger erhalten hat. Der Brief ist sehr heiter, er lautet:

„Ihr Verräter, Ihr habt die Reihen der NSDAP verlassen und seid damit zu den Feinden des nationalen Deutschlands übergegangen. Eure Heße gegen Adolf Hitler und gegen Goebbels hat Euch in den Augen aller Deutschen zu Schanden gemacht. Nur weil Ihr sachlich nichts vorzubringen wißt, versucht Ihr ihn persönlich zu beschimpfen und ihn als rassistisch minderwertig zu bezeichnen. Wir wissen selbst, daß Goebbels nicht sehr nordisch ist, aber wenn es Hitler passen sollte, einen wackelnden Juden als Gauleiter einzusetzen und wir damit einverstanden sind, dann geht Euch das nicht im geringsten an. Für uns ist nicht das Gesicht maßgebend, sondern das Herz, und ein Jude, der für Deutschland kämpft, ist uns lieber als ein Verräter an der Nationalsozialistischen Partei. Die Wahlen werden ja zeigen, wo der nationalsozialistische Gedanke lebt und wir werden auch diese Schlacht gewinnen mit unserem Kampfheil Hitler!!! Rache den Verrätern!!!“

Die um Goebbels erinnern sich an das alte Spottwort: „Aus dem Antiföhrismus wird erst etwas, wenn ihn ein wackelnder Jude in die Hand nimmt.“ Bielschke denken sie auch an Wahlgelder . . .

Wieder ein blutiger Zusammenstoß. Neun Nationalsozialisten verletzt.

Hannau, 24. Juli.

Am Anstich an eine nationalsozialistische Versammlung im Hotel „Kronprinz“ kam es heute nacht zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Neun Nationalsozialisten wurden verletzt, davon zwei so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Zahl der verletzten Kommunisten ist noch nicht bekannt.

Änderung der Reichsstimmordnung. Die Nummernfolge für die Reichswahlvorschläge.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag, nach einer Trauerkundgebung für die Opfer der Koblenzer Katastrophe, eine Änderung der Reichsstimmordnung, die notwendig geworden ist, weil in der bisherigen Fassung nicht der Fall vorgesehen war, daß während einer Wahlperiode mehrere Parteien aus einer bisherigen Partei entstehen. Die neue Fassung der Reichsstimmordnung besagt darüber:

Die Nummernfolge für die Reichswahlvorschläge der Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben oder zu

denen sich Abgeordnete des letzten Reichstags bekannt haben, wird vom Reichsminister des Innern festgesetzt. Hierbei gelten folgende Regeln: Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben, werden zuerst aufgeführt, und zwar in der Reihenfolge der Stimmenzahl, die sie bei der letzten Reichstagswahl erhalten haben. Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag nicht entsandt haben, zu denen sich aber Abgeordnete des letzten Reichstags bei Schluß der Wahlperiode oder im Zeitpunkt der Auflösung des Reichstags bekannt haben, erhalten die anschließenden Nummern in der Reihenfolge der Zahl dieser Abgeordneten. Maßgebend ist das beim Reichstag geführte Verzeichnis der Mitglieder des Reichstages. Bei gleicher Stimmenzahl oder bei gleicher Abgeordnetenzahl entscheidet die Reihenfolge der Parteien nach dem Alphabet.

Reihen Parteien, die nach dem vorigen Absatz eine Nummer erhalten haben, Reichswahlvorschläge nicht ein, so fallen ihre Nummern aus. Reichswahlvorschläge von Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag nicht entsandt haben, erhalten die an die Nummernfolge des Reichsministers des Innern weiter anschließenden Nummern in der Reihenfolge, wie die Reichswahlvorschläge beim Reichswahlleiter eingehen.

Ferner wird neu bestimmt: Werden in einem Wahlkreis Reichswahlvorschläge verschiedener Parteien demselben Reichswahlvorschlag angehängt, so erhalten die Reichswahlvorschläge die Ordnungsnummer ihres Reichswahlvorschlages unter Zusatz von Buchstaben, sofern ein Zusammenhang zwischen diesen verschiedenen Parteien besteht. Besteht ein solcher Zusammenhang, so führen die Reichswahlvorschläge der Partei, die den Reichswahlvorschlag eingereicht hat, ihre Ordnungsnummer ohne Buchstabenbezug, während die Reichswahlvorschläge der anderen Wählergruppen die Ordnungsnummer mit Buchstabenbezug erhalten.

Nach der Zustimmung des Reichsrates hat der Reichsminister des Innern die Nummernfolge für die Reichswahlvorschläge der Parteien in der genannten Form festgesetzt.

Kommunist verkauft seine Wahlstimme. Für 100 Mark an einen Zentrumsmann.

Bochum, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Das Landgericht Bochum verurteilte den Kommunisten Weidert aus Erkerschwiel wegen Stimmenkaufs zu zwei Monaten Gefängnis und den Zentrumsmann Pieper zu 500 Mark Geldstrafe. Weidert hatte sich Pieper gegenüber vor Monaten verpflichtet, bei der Wahl eines Gemeindevorstehers in Erkerschwiel keine Stimme gegen Zahlung von 100 Mark für einen Sozialdemokratischen Gemeindevorstehers unmöglich zu machen.

In der ersten Instanz waren Weidert und Pieper zu je drei Monaten Gefängnis und dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre verurteilt worden.

Rußlands Nationalitätenfrage.

Von N. Innaischwil.

Nach der offiziellen Statistik hatte die Sowjetunion Ende 1926 rund 147 Millionen Einwohner; darunter Russen 78 Millionen gleich 52,9 Proz., Nichtrussen 69 Millionen gleich 47,1 Proz.; davon 36 Millionen Slawen, nämlich über 31 Millionen Ukrainer und 5 Millionen Weißrussen, die wohl mit den Russen verwandt, aber doch eigenartige Völker sind. Die übrigen 33 Millionen, vor allem die Hauptvölker Kaukasus und Turkestan, weisen keine Verwandtschaft mit den Russen auf. Der berechtigte Anspruch aller dieser Völker auf das volle Selbstbestimmungsrecht bis zum Recht auf Trennung von Rußland und Bildung eigener selbständiger Staaten kann vom Standpunkt des internationalen Sozialismus nicht angezweifelt werden, wie es auch von der Internationale soeben wieder verkündet worden ist. Auch die russische Sozialdemokratie hat diesen Grundsatz schon vor Jahrzehnten anerkannt. Die Bolschewisten selbst proklamieren ihn als ihren „heiligen Grundsatz“ vor, während und nach der Revolution, auch in ihrer Verfassung (Art. 4). Doch sind diese Proklamationen der Bolschewisten, wie so viele andere, reine Heuchelei. Die ganze Nachkriegsgeschichte der genannten Völker beweist es nur zu brennend.

Alle nichtrussischen Völker des Zarenreiches haben nach der Revolution versucht, eigene Nationalstaaten zu bilden. Einige von diesen, die die Unterstützung der Westmächte erhielten, sind frei geblieben (Ostseestaaten, Finnland und Polen). Alle übrigen haben die Sowjettruppen in mehr oder minder unverhüllter Form wieder erobert; Weißrußland, Ukraine und Nordkaukasische Republiken 1919; Transkaukasische Republiken, Aserbaidschan und Armenien 1920, Georgien 1921, Turkestan einschließlich Chiwa und Buchara 1919/20. Mit den meisten dieser Staaten hatte die Sowjetregierung Verträge abgeschlossen. Trotzdem ging der Eroberungszug überall ohne Kriegserklärung vor sich. Fast alle waren demokratische Republiken; zwei unter ihnen — Georgien und Armenien — befaßen sozialistische Regierungen. Die vierjährige Freiheit und fruchtbare Aufbauarbeit des kleinen sozialdemokratischen Georgiens, sein entschlossener Widerstand gegen den hinterhältigen Ansturm der Sowjettruppen im Februar-März 1921 (als in Rußland jeder Bürgerkrieg vorbei war) und sein verzweifelter Aufstand 1924 haben die Tragödie Georgiens zum Schulbeispiel des Sowjetimperialismus gemacht. Sowjetrußland ging, wo es konnte, auch weiter als der Jazismus. Es hat weiterhin ein rein chinesisches Gebiet — einen Teil der Neuhöhen (nördlichen Mongolei) besetzt und hält den anderen Teil — die Volksrepublik Wangei — unter seinem „Einfluß“.

Nach der 1923 festgelegten Verfassung der Sowjetunion besitzen die einzelnen Bundesstaaten verschiedene Grade der Autonomie. Den größten Grad, die Bundesstaaten, die unmittelbar in die Union eingehen und die man „Sozialistische Sowjetrepubliken“ (SSR) nennt. Danach kommen die „autonomen Sowjetrepubliken“ und schließlich „autonome Gebiete“, welche Teile der Bundesstaaten darstellen.

Die Bundesstaaten sind: Innerrußland (RSFSR) mit 100,8 Millionen Einwohner, Ukraine mit 29,0, Weißrußland mit 5,0, Transkaukasien (Georgien, Armenien und Aserbaidschan) mit 8,9, Usbekistan mit 4,5, Tadschikistan mit 0,8, Turkmenistan mit 0,9, zusammen 146,8 Millionen Einwohner.

In sieben nichtrussischen Bundesstaaten mit insgesamt 46 Millionen Einwohner wohnen 3,7 Millionen Russen, das sind durchschnittlich 8 Proz., dagegen in Innerrußland 26,7 Millionen Nichtrussen, das sind 26,7 Proz., zum größten Teil in autonomen Sowjetrepubliken und autonomen Gebieten, z. B. der deutschen Wolgarepublik.

Die Bundesstaaten Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan nebst zwei autonomen Sowjetrepubliken der RSFSR — Kasachstan und Kirgisistan — bilden Russisch-Turkestan oder Turkestan mit rund 14 Millionen meist turkmenischen Einwohnern und 4,3 Millionen Quadratkilometer (neunmal so groß als das Deutsche Reich).

Kaukasien, Turkestan, Ukraine und Weißrußland sind die Hauptgebiete der nationalen Freiheitsbewegung in der Sowjetunion. Vor allem wegen der Rohstoffe dieser Länder (Naphta und Manganzur-Kaukasien, Kohlen, Eisen und fruchtbare Erde der Ukraine, Baumwollfelder des Turkestan) und wegen des Abnahmbedürfnisses der teuer und minderwertig arbeitenden russischen Industrie wurden diese Länder vom Sowjetimperialismus erobert und vergewaltigt, jeglichen Selbstbestimmungsrecht beraubt. Der Verfassungsartikel 4 ist in Wirklichkeit der größte Schwindel. Jeder Versuch der Trennung, ja jeder Gedanke daran, wird mit einer Brutalität unterdrückt, die die schlimmsten zarischen Bluttaten ihres letzten halben Jahrhunderts in den Schatten stellt.

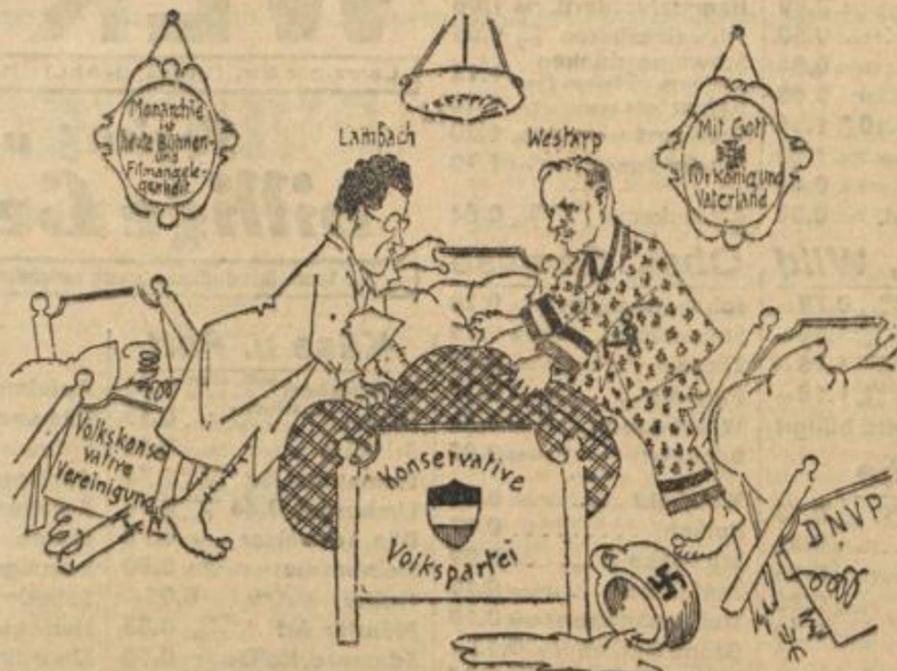
Auch die durch die Sowjetverfassung ebenfalls vorgesehene und angeblich schon bestehende Selbstverwaltung der autonomen Gebiete ist nicht als Selbstverwaltung der Völker gedacht, die nirgends unter dem bolschewistischen Regime etwas zu sagen haben, sondern nur als die der offiziellen kommunistischen Parteien, die allein regieren und verwalten. Aber auch diese kommunistische Selbstverwaltung ist angesichts des schroffen Zentralismus der kommunistischen Partei mit ihren endlosen Maßregelungen und „Säuberungen“ vollkommen illusorisch.

Das einzige, was die nichtrussischen Völker der Sowjetunion heute besitzen, ist formelle Kulturautonomie. Sie dürfen in ihren Sprachen reden (soweit das Neben überhört ist) und in ihren Schriften schreiben (bis die lateinische Schrift allgemein obligatorisch eingeführt ist). Schulen, Gerichte und Verwaltung sind in dieser Hinsicht nationalisiert (was unter dem Jazismus nicht oder nur in viel geringerem Maße der Fall war), obwohl auch die russische „Ottobersprache“ vorgeschrieben ist und verbietet wird. Aber der Gebrauch der nationalen Schrift und Sprache wird kontrolliert und beschränkt, jeder nationale Freiheitsgeist schroff unterdrückt. Unter dem Jazismus gab es nie und da eine nationale Presse; mitunter die sozialistische (wie in Georgien), an der auch die Bolschewisten beteiligt waren.

Das herrschende politisch-wirtschaftliche System ist für die nichtrussischen Völker noch drückender, weil sie mehr als das russische Volk für die Demokratie und für die bäuerliche Individualwirtschaft disponiert sind. Schon die Tatsache, daß die bäuerliche Feldgemeinschaft („Mir“) nur im eigentlichen Rußland verbreitet war, ist dafür bedeutungsvoll.

Außerdem leiden die nichtrussischen Völker auch unter russisch-nationalistischen Uebergriffen auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete. Den Staats- und Verwaltungsapparat beherrschen fanatische Stalinisten, die

Die Not...



... schafft oft seltsame Bettgenossen!

bewußt oder unbewußt die Sache des russischen Nationalismus betreiben. Darüber schrieb schon Lenin dem Zentralkomitee der Partei: „Es ist kein Zweifel, daß die kleine Zahl der sowjetistischen und sowjetisierten Arbeiter in diesem Meer des Chauvinismus des großrussischen Lumpengehilfs ertrinken würde, wie die Fliege in der Milch.“ (Siehe „Terror gegen die sozialistischen Parteien in Rußland und Georgien“, S. 102.) Das sehen auch heute noch tausende Kommunisten der betreffenden Länder ein, die verschiedensten „nationalen Abweichter“, die von Moskau kurzerhand zu Nationalisten gebrandmarkt und nach Sibirien oder den Solowki-Inseln verbannt werden. Es ändert an dieser Politik nichts, daß an der Spitze der Sowjetunion gegenwärtig so manche Nichtrussen sitzen. Diese wenigstens politisch russifizierten Nichtrussen sind nach der treffenden Bezeichnung Lenins eben die schlimmsten russischen Chauvinisten (dieses S. 101). Sie konnten zur Macht kommen und können sich weiter halten dadurch, daß sie ihren „Internationalismus“ durch ihre russisch-nationalistischen Uebergriffe hinreichend beweisen.

Das bolschewistische Gewaltregiment kann schon in Innerrußland selbst schwer die besten Elemente des Volkes anziehen. Aber bei den nichtrussischen Völkern ist es in der Regel noch schwieriger, weil hier die „echten“ Kommunisten auch den Mafel des nationalen Verrats tragen müssen. Sie müßten den Eroberungszug gegen die eigene Nation, den brutalen Raub ihres Selbstbestimmungsrechtes mitmachen; sie müssen weiterhin jede Freiheitsbewegung des eigenen Volkes mit aller dem Bolschewismus eigenen Hinterlist und Grausamkeit bekämpfen. Die Herrschaft dieser verätherlich-minderwertigen Elemente ist naturgemäß besonders erniedrigend, ihr Terrorregiment besonders unerträglich.

Alle angeführten rein politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Momente verstärken den natürlichen Drang der nichtrussischen Völker nach der Unabhängigkeit. Nur durch die erdrückende Uebermacht der russischen Armee und den bolschewistischen Terror, durch das in der zivilisierten Welt einzig dastehende Mord- und Folterssystem wird diese Herrschaft aufrechterhalten.

Die Nationalitätenbewegung zeigt sich immer wieder in Ausbrüchen der national vergewaltigten Gebiete und in ihrer blutigen Unterdrückung. Sie zeigt sich in fortwährenden Rebellionen innerhalb der nationalen kommunistischen Parteien selbst wie auch in nationalen Abteilungen der Armee. Sie zeigt sich in überfüllten Gefängnissen und Deportationslagern, in endlosen „Musterprozessen“, Maßregelungen, Exekutionen usw. Das ewige Trommelfeuer der allgemeinen Terrorpolitik des Bolschewismus ist wohl geeignet, die Nationalitätenfrage zu überhören, nicht aber sie zu mildern, eher sie zu verschärfen.

Der russische Sowjetimperialismus, der eine ganze Menge der nichtrussischen Völker, von denen die meisten ihrer Kultur nach dem Russischen nicht nachziehen, entrechtet und vergewaltigt, ist außerdem bestrebt, seinen Herrschaftsbereich womöglich weiter auszubreiten bzw. zwischen anderen Ländern den Brand anzustechen. Das ist die größte Kriegsgefahr.

Aus dem Arbeiterparadies.

Typische Inflationsercheinungen.

Charkow, 22. Juli. (Ost-Express.)

Im Zusammenhang mit der fortgeschrittenen Noten- und Staatsgeldemission häufen sich in Charkow die typischen Inflationsercheinungen. Die Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgüter steigen. So kostet gegenwärtig ein Pfund Zucker 3 Kbl., 1 Pfund Butter 6 Kbl., 1 Pfund Schmalz 5 1/2 Kbl. Ein Stück einfacher Toilettenseife erreicht den Preis von 8 Kbl. (Der Durchschnittslohn des Arbeiters beträgt 60 bis 70 Kbl., doch gibt es viele, die weniger als 30 verdienen, Red.) Kupfer- und Silbermünzen sind fast gänzlich aus dem Verkehr verschwunden. Die Staatsbankniederlassung gibt Kleingeld nur bis zum Betrage von 1 Kbl. heraus. In der Hauptsache ist das Silbergeld in die Dörfer geflossen, da die Bauern auf eine Bezahlung in Reichsgeld bestehen. Vor kurzer Zeit wurde eine große Anzahl von „Spekulanten“ und Verkäufern der Konjunktionsgegenstände verhaftet, da in ihrem Besitz beträchtliche Mengen von inflationsfähigem Silbergeld festgestellt worden waren.

Kommunistischer Redakteur verurteilt. Der kommunistische Schriftsteller Sticht ist vom Reichsgericht wegen verurteilten Betrugs militärischer Geheimnisse in Tateinheit mit Vorbereitung des Hochverrats zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Verhandlungen im Gefängnis.

Vor einem Friedensschluß in Indien.

London, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Die am Dienstag im Gefängnis von Bombay begonnenen Aussprachen und Verhandlungen zwischen den gemäßigten indischen Führern Sapru und Jaganath mit Gandhi wurden am Donnerstag fortgesetzt. Gandhi übergab den Unterhändlern zum Schluß der Unterredung eine schriftliche Botschaft für Nehru. Die Aussichten für den Friedensschluß zwischen Gandhi und der anglo-indischen Regierung werden in den maßgebenden Kreisen günstig beurteilt.

Berzichtet Lappo auf Terror?

Nur noch „moralische“ Druckmittel.

Heisingfors, 24. Juli.

Die Lappodelegation hat eine Entschließung veröffentlicht, in der mit Bestimmtheit hervorgehoben wird, daß neue Uebergriffe nicht mehr vorkommen sollen. Man will vielmehr jetzt durch moralischen Druck die Kommunisten bewegen, ihre Beteiligung an der kommunalen Verwaltung aufzugeben und ihre Vertrauensposten niederzulegen. Das Befinden des unter Vergiftungsercheinungen erkrankten Lappoführers Kofala hat sich erheblich gebessert. Die Gerüchte über einen Mordanschlag durch Vergiftung werden energig bestritten.

Jugoslawien gegen deutsche Minderheit.

Eine Beschwerde in Genf eingereicht.

Genf, 24. Juli.

Beim Völkerbund ist eine an den Völkerbundsrat gerichtete Beschwerde eingegangen, die aus dem früher zu Oesterreich, jetzt Südbanien gehörenden Städtchen Cilli in Slowenien bzw. Kärnten stammt. In der Beschwerde, die den deutschen Rechtsanwalt Dr. Walter Kiehl in Cilli zum Verfasser hat, wird darüber Klage geführt, daß die jugoslawische Regierung einen unpolitischen Verein in „Deutsches Haus“ in Cilli aufgelöst und das Vermögen des Minderheitenvereins auf einem jugoslawischen Verein übertragen habe. Die jugoslawische Regierung habe sich bisher trotz aller Proteste geweigert, den rechtmäßigen Zustand in dieser Angelegenheit wiederherzustellen. Dadurch habe sie gegen die Artikel 7 und 8 des Minderheitenrechtes vom Jahre 1919 verstoßen.

Dressfnebelung in Liechtenstein.

Ein faschistisches Gesetz der Herikaten Zwergregierung.

Zürich, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Das kleine Fürstentum Liechtenstein, bisher vor allem bekannt als Paradies der Kapitalverleiher, hat ein neues Pressegesetz erlassen, das an reaktionärer Bestimmung kaum übertriffen werden kann. Was da an Fnebelung der freien Meinungsäußerung ausgedacht wurde, reicht fast an das faschistische Italien heran.

Alle Zeitungen und Zeitschriften haben der Regierung bei Druckbeginn ein Vorkriegsexemplar zuzusenden. Unrichtige Berichtigungen dürfen nicht kommentiert werden, widersprechende Zeitungen auf einen Monat verboten und der verantwortliche Redakteur bestraft wird. Ausländische Zeitungen können bis auf die Dauer eines Jahres verboten werden. Befehlsungen der Regierung, des Landtags und der Mitglieder dieser Körperschaften, sollen von Amts wegen verfaßt werden. Wer die Autorität der Landesbehörden berührt, wird mit Arrest von einem Monat bis zu sechs Monaten bestraft. Im Wiederholungsfall wird das Erscheinen der Druckchrift für die Dauer von sechs Wochen bis zu einem Jahr verboten und dem verantwortlichen Redakteur die Ausübung seines Berufes untersagt. Ein Gesetz zum Schutz des Staates, das überhaupt jede Opposition, selbst mit gelbten Waffen, unterdrücken soll, steht bevor.

Die Herikaten Regierung des Ländchens glaubt offenbar, das Eindringen freibürgerlicher und fortschrittlicher Ideen auf diese Weise verhindern zu können. In der Schweiz, mit der Liechtenstein durch eine Zoll- und Münzunion verbunden ist, herrscht, selbst in bürgerlichen Kreisen, über das Vorgehen der liechtensteinischen Regierung große Empörung!

Eine Anti-Habsburg-Liga bürgerlicher Politiker ist in Budapest in Gründung begriffen.

Stätten der Verwüstung.

Im italienischen Unglücksgebiet. — Die Vergung der Opfer.

Neapel, 24. Juli.

Mit dem Fortschreiten der Aufräumungsarbeiten im Erdbebengebiet erhöht sich die Zahl der Opfer zusehends. In Neapel wurden heute weitere 20 Tote geborgen und nach dem Friedhof von Potenza gebracht, wohin schon gestern ein Zug von 200 Leichen abgegangen war, da der Friedhof des Städtchens zur Bestattung der zahlreichen Opfer nicht ausreicht. Die leichter beschädigten Bauten werden von Fachleuten und Truppen in aller Eile notdürftig hergerichtet, um der im Freien kampierenden Bevölkerung bei eintretender schlechter Witterung ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Das Marktviertel von Neapel ist dem Erdboden völlig gleich gemacht. Die am stärksten heimgesuchten Stadtviertel bestanden aus aneinandergebauten kleinen Häusern, die von kinderreichen Bauernfamilien bewohnt waren. Unter den Opfern befinden sich deshalb viele Kinder. Die Ueberlebenden sind durch die Katastrophe wie betäubt. Es spielen sich herzzerreißende Szenen ab. Frauen und Kinder weinen und klagen und rufen laut die Namen ihrer toten Angehörigen, die unter den Trümmern begraben liegen. Am Mittwochnachmittag sind um 3, 4 und 6 Uhr Nachbeben erfolgt. Rings um die zerstörte Stadt werden von Truppen und Feuerwehrt Feldlazarette aufgeschlagen.

Internationales Beileid.

Der Reichspräsident hat dem König von Italien telegraphisch seine und des deutschen Volkes herzliche Teilnahme anlässlich der Erdbebenkatastrophe zum Ausdruck gebracht.

Berlin, 24. Juli.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hat an den italienischen Botschafter ein besonderes Beileidsschreiben der Reichsregierung gerichtet.

Paris, 24. Juli.

Der Präsident der Republik Doumergue hat an den König von Italien ein Beileidstelegramm anlässlich des Erdbebens in Süditalien geschickt. Der französische Botschafter beim Quirinal ist beauftragt worden, im Namen der französischen Regierung der italienischen Regierung das Beileid auszudrücken.

Eine ungeheure Katastrophe ist über Süditalien hereingebrochen. Tausende von Menschen sind getötet oder verletzt. Unermesslicher Jammer hat die blühenden Gärten zwischen der Adria und dem Tyrrhenischen Meer getroffen. Überall schafften in glühender Sonne Männer, Frauen und Kinder in den prangenden Gärten Süditaliens. Denn nur fleißige Arbeit vermag die fruchtbaren Kräfte dieses vulkanischen Bodens zu beleben. — Dem Golf von Manfredonia am nächsten liegt die große handels-

reiche Stadt Foggia. Sie ist Mittelpunkt eines Verkehrsnetzes, das südlich über Brindisi und nördlich über Bologna hinausführt und die Stadt im Osten mit der Adria und im Westen mit dem Tyrrhenischen Meer verbindet. Von hier aus rollen Getreidezüge und Viehtransporte in die großen Städte Italiens. Foggia ist eine alte und doch neue Stadt, denn aus dem Trümmerfeld, in das sie durch einen Brand im Jahre 1791 verwandelt wurde, ist nur noch wenig erhalten. Der Dom erinnert an die Herrschaft der Normannen, ein Rundbogen an die der Stauffer.

Benevento und seine Geschichte.

Von Foggia fährt die Bahn mitten durch den Apennin in der Richtung auf Neapel. Man könnte zuweilen glauben, im deutschen Mittelgebirge zu sein, sähe man nicht die Menschen, die sich mühen, die Fruchtbarkeit des trockenen Landes zu erhöhen. Zuweilen zeichnet ein Kastell seinen Schattenriß gegen den Himmel, dunkle Tunneln hüllen den Zug in Finsternis. Auf dieser Fahrt erreichen wir eines der Hauptzentren des gegenwärtigen Erdbebens, Benevento, das in seinen Mauern noch Reste der weltgeschichtlichen Entwicklung Roms birgt. Sowohl bei Benevento wie bei Foggia sind ungeheure Ströme von Menschenblut durch Menschenhand vergossen worden: in der Nähe von Foggia wurde die Schlacht von Cannä geschlagen, durch die Hannibal Roms Macht zu vernichten drohte, bei Benevento erlitt der unglückliche Pyrrhus eine Niederlage und im Mittelalter wurde König Manfred hier durch den grausamen Karl von Anjou des Lebens und der Krone beraubt. Dieses Land ist stets von Stürmen bedroht gewesen: Kriegszüge und die Mächte der Unterwelt haben es seit Jahrhunderten bedroht und verwüstet. Nur die Fähigkeit der Bewohner, die aus den Trümmern immer wieder neues Leben erbauen ließen, war auf die Dauer nicht zu unterdrücken.

Alle Arbeit umsonst — alles ist verwüstet.

Zwischen Benevento und Foggia liegt die Aderbürgerstadt Melfi, die im Mittelalter von den Normannen beherrscht wurde und deren Bürger heute ihren Lebensunterhalt durch den Anbau von Weizen und Oliven und auch durch Viehzucht erwerben. Diese kleine betriebsame Stadt, die so friedlich in der Landschaft ruhte, soll nun durch das Erdbeben völlig vernichtet sein. Und mit ihr sollen auch die kleinen Dörfer in ihrer Umgebung, mit ihren weißleuchtenden Häusern, die überragt wurden von schlanke Kirchtürmen, dem Erdboden gleich gemacht sein. Die Bewohner aber, die genügsamen, fleißigen Arbeiter, die im steten Kampfe mit der sengenden Sonne und der Dürre des Bodens ihren Lebensunterhalt verdienen, sehen die Arbeit von Jahren vernichtet, sehen sich um Heim und Habe betrogen.

Auf gefährlichem Boden...

Und der Golf von Neapel, die Stadt selbst und ihre wundervolle Umgebung werden beherrscht von dem ewig drohenden Zeichen der Unterwelt, dem Vesuv. Weithin leuchtet seine Rauchfackel und läßt uns nimmer vergessen, daß wir hier auf vulkanischen, auf ruhelosem, gefährlichem Boden stehen. Und selbst das in der Sonne blau leuchtende, strahlende Tyrrhenische Meer ist ein ewig warnendes Zeichen für die Kräfte, die hier immer wieder gestaltend am Werke sind. Die Fluten des Meeres decken ein uraltes Festland, das durch Erdbeben in die Tiefe sank. Die steil aufragende Insel Capri mit ihren wundervollen Weingärten und ihren herrlichen Grotten, das ewig von der Unterwelt bedrohte Eiland Ischia sind ebenso Reste dieses alten Festlandes, wie die togenden Gipfel Sardinens, Kors-

ikas und der Insel Elba. Wenige Kilometer von Capri entfernt liegt, von Bergen eingebettet, und von den sanften Fluten des Tyrrhenischen Meeres bespült, das glückliche und doch so unglückliche Sorrent, „wo die Tage so golden verfliegen, wo die Nacht sich so selig verträumt“. Heute aber frisst sich die Angst in die Herzen der Bewohner dieser „glücklichen“ Stadt und in die Nachbarschaft Amalfi, die sich am Ausgang einer engen Felsenklucht an den Ufern der Bucht von Salerno hinstreckt.

Der Eingang zur Unterwelt.

Und nördlich von Amalfi erreichen wir geraden Weges die Unglücksstädte Herculaneum und Pompeji. Und nicht allzu weit davon können wir, westlich von Neapel, auf den Pflaigründen wieder einen wahren Eingang zur Unterwelt kennen lernen, ein erloschener Krater an den anderen, ein vulkanischer See neben den anderen. Der Sage nach soll hier der „edle Dulder“ Dantes die Seelen der Unterwelt beschworen haben. Und wahrhaftig, es gehört nicht viel Phantasie dazu, hier an ein grauenvolles Schattenreich der Tiefe zu glauben. Einen noch gewaltigeren Eindruck vermittelt die Solfatara, ein zum Teil erloschener Krater, in dessen Tiefe heute noch die Geister der Unterwelt den Schlamm brodelnd kochen lassen und aus dessen Spalten Wasser- und Schwefeldämpfe neben anderen Gasen aufsteigen.

So ist das Land, das Jahr um Jahr Tausende von Fremden anzieht, auf Schritt und Tritt von Gefahren umlauert. Es ist ein Paradies, in dem von Zeit zu Zeit der Tod spazieren geht, um reiche Ernte zu halten. W. M.

40 Tote in Koblenz.

Fast alle Opfer des Unglücks geborgen.

Die Bergungsarbeiten an der Koblenzer Unglücksstelle werden fortgesetzt. Man muß mit einer Gesamtzahl von 40 Toten rechnen.

Koblenz, 24. Juli.

Die am Donnerstagvormittag an der Unglücksstelle geborgene Leiche ist als Friede Görres aus dem Schweserhain in Rheinwaldheim erkannt worden. Am Nachmittag wurde vom Taucher erneut eine Leiche geborgen. Es handelt sich um Maria Uermann aus Gils. Der Taucher legt die Bergungsarbeiten fort. Vermisstenanzeigen sind aus allen Teilen des Reiches zu Koblenz eingelaufen. Es handelt sich dabei um Personen, von denen man annahm, daß sie sich an dem Unglückstage in Koblenz befunden haben. Besonders gesucht wird ein Einwohner aus Wdassenburg namens Georg Galland. Er hatte sich unter Zurücklassung seines Kofferfußes aus dem Gasthause entfernt, um der Besichtigung betzuwohnen. Zwei Vermisstenmeldungen sind als ernsthaft anzusehen, so daß die Zahl der Toten im ganzen 40 betragen dürfte.

Frankreich nimmt an unserm Schmerz teil.

Der ehemalige Delegierte der Rheinlandkommission Tirard hat an den Reichskommissar für die besetzten Gebiete und an den Oberbürgermeister von Koblenz Beileidstelegramme anlässlich der Brückenkatastrophe in Koblenz geschickt.

Auch der belgische Minister des Auswärtigen hat den belgischen Gesandten in Berlin beauftragt, der deutschen Regierung anlässlich der Koblenzer Katastrophe das Beileid der belgischen Regierung zum Ausdruck zu bringen.

Haftbeschwerde im Fall Frenzel abgelehnt.

Die Haftbeschwerde des in erster Instanz wegen Blutschande verurteilten Amtsvorstehers von Bornim, Frenzel, dessen Fall wegen des Widerpruchs zwischen den Aussagen der beiden Töchter besonderes Interesse erregte, ist vom 4. Strafsenat des Kammergerichts zurückgewiesen worden, da fluchtverdacht als fortbestehend angenommen wird. Jedoch soll Frenzel mit der Haft verköhnt werden, wenn er eine Sicherheit von 10.000 M. leistet.

SINCLAIR LEWIS DER ERWERB ROMAN

In der Sechsten Avenue entdeckte Una ein wunderbar reichliches, neues Restaurant mit Spitzenvorhängen vor den Fenstern, und zwischen den Vorhängen einen Topf Geranien, der mit Krepppapier und einem Band umwunden war. Ein neues Lokal! Sie hatte das ewige Büro so satt, und die Hochbahn, die Wohnung in der Hundsrückendierzigsten Straße und die Restaurants, in denen sie an Wochentagen ihre langweilige Mittagsmahlzeit einnahm. Schnellen Schrittes betrat sie das neue Restaurant und schwenkte vergnügt ihr Handtäschchen. Das Lokal hatte eine gewisse Eleganz — die weißlackierten Tische waren diagonal angeordnet und mit Tischtüchern aus japanischem Zeug bedeckt. Una lächelte beim Anblick einer sehr lebendigen Photographie zweier Kaninchen in einem Korb. Mit dem prickelnden Gefühl von Freiheit und Neuheit bestellte sie Kaffee, Hühnerpastete und Kolosbäckwerk.

Doch die Pastete und das Bäckwerk waren nicht ein bißchen anders als die hundert anderen, die sie in den vergangenen zwei Jahren verzehrt hatte, und die Leute ringsum waren aus derselben Herde einjämiger Angestellter, aus denen halb New York besteht. Der feiertägige Rauber schwand. Nur gleich nach dem Essen zur Blaselei des Büros zurück. Brütend sah sie da, während draußen auf der glühend heißen, sommerlichen Straße das festliche Gepränge des Lebens vorbeizog und keine Stimme sie rief. Männer, Frauen und Automobile, Leute, die lachten und Handel trieben, um durch ihre Liebe belohnt zu werden, zogen an ihr vorbei; eine Zuschauerin war sie, unberührt von Freude und Lust oder erhabener Tragik; ein Weib, das verzweifelt nach dem Leben hungerte.

Sie wiederholte sich — doch ohne Bitterkeit, denn sie war ein gutes, kleines Ding, muß man wissen — die alte, wohlbeliebte Veier. Sie hatte weder einen Geliebten, noch einen Freund, noch eine Zukunft. Walter, der hätte ebensogut ge-

storben sein können, oder verheiratet. Ihre Mutter und das Büro, zwischen ihnen blieb keine Zeit, nach Liebe, Freundschaft oder Erfolg zu suchen. Sie war eine Gefangene ihrer Kindesliebe und ihres Pflichtgefühls.

Sie stand auf und zahlte. Nun sah sie nicht mehr nach dem Bilde der Kaninchen im Korb. Schleppten Schrittes ging sie hinaus — ein Weib, bedrückt von unfruchtbarem Kummer.

5.

Una gewann ihre Feiertagslaune wieder, als es ans Einlaufen ging. Ein Geschäftsaufseher in der Stoffabteilung, ein wunderbarer Mann im Jackett, führte sie zu dem betreffenden Tisch und sprach in berebten Worten von Baumwoll- und Vellstoff, hob Unas Handtäschchen auf, das heruntergefallen war, und bemerkte: „Ja, wir bringen es zuwege, in unserm Lokal auch an den heißesten Tagen es kühl zu haben.“ Ein Bademädchen lachte mit ihr. Dann schlüpfte Una verstoßen in den Lift, und obwohl sie wirklich zur Mutter nach Hause hätte eilen sollen, ging sie in die Musikabteilung des Warenhauses, wo sie zwischen Gittern, die von frisch abgestaubten Rosen umschlungen waren, Tangos und Jigtoits anhörte; ein rothaariges Mädchen spielte sie, das dabei Gummi kante und sich mit einem Mann unterhielt. Aus dieser Musik entstand in Una der Plan, sich in eine wilde Unterhaltung zu stürzen. Sie würde sich einreden, einen Liebhaber zu haben und mit ihm umherzustreifen.

Diese Komödie gelang ihr nicht sonderlich. Sie konnte sich die Züge des imaginären Freundes an ihrer Seite nicht recht ausmalen. Sie weigerte sich, ihn Walter Babson ähnlich werden zu lassen, und er weigerte sich, jemand anderem ähnlich zu sehen. Aber innerlich bebend war sie von seiner Nähe überzeugt, als sie einen Laden betrat und „Berliner Bonbons“ kaufte, ein Fabrikat, das unweigerlich die chronischen nervösen Verdauungsstörungen verschlimmerte, an denen Stenotypistinnen leiden.

Dann gestattete sie sich den Luxus, ins Kino zu gehen. Sie besah sich alle Plakate vor dem Theater; alles interessierte sie: das Eisenbahnunglück, das Liebesdrama am Meeresstrand, die Detektivgeschichte.

Una sehnte sich danach, eine Liebeszene auf der Leinwand zu sehen.

Der alte Schmerz im Nacken machte sich wieder fühlbar. Doch sie vergaß den Schmerz, als die Liebeszene erschien: es war ein wunderschönes Landschaftsbild am Ufer eines

Sees, mit einer herrlichen Hotelaussahrt dem Glimern und Schimmern photographierten Wassers; Boote sausten vorbei, und ein junger Held mit schwarzem Vordenhaar tauchte in die Fluten, um die Dame zu retten, und trug sie ans Land, als sie aus einem hinlänglich sicheren Boot gefallen war. Die nasse, weiße Planenhose des Schauspielers schmiegte sich eng um seine muskulösen Beine; er warf in männlichem Stolz den Kopf in den Nacken, und dann lächelte er die Dame. Una schwindelte es bei diesem Anblick. Wieder zuckte sie unter der Berührung von Walters Lippen zusammen. Sie fühlte ihre Fäustchen vom Maschinenschreiben verhärteten Finger des Schauspielers dunkle, kräftige Wangen streichen. Sie erschraf vor der Lebhaftigkeit des Gefühls. Sie war über sich selbst entsetzt; sagte sich, daß das nicht anständig sei; blidte schuldberührt um sich; doch leidenschaftlich rief sie nach der Gegenwart ihres schattenhaften, imaginären Liebhabers.

„Oh, Liebster, Liebster, Liebster!“ flüsterete sie mit furchtbarer, verhaltener Zärtlichkeit — flüsterete es der Liebe selbst zu.

Abichtlich jeden Gedanken an ihre Mutter verjagend, die zu Hause auf sie wartete, beschloß sie, den Abend in aufregender abenteuerlicher Weise zu verbringen und in ein wirkliches Theater, zu einem wirklichen Stück zu gehen. Falls sie einen Fünfzig-Cent-Platz bekäme.

Das gelang ihr nicht.

„Aber es war doch aufregend durchzubrennen, selbst wenn ich nicht ins Theater gehen kann“, tröstete sich Una. „Ich werde abends zu Frau Sessions hinübergehen. Mutter werde ich ins Bett stecken. Vielleicht gehe ich mit den Sessions irgendwohin ein Eis essen und wir werden uns wunderbar unterhalten... Mutter wird sicherlich nichts dagegen haben, wenn ich fortgehe. Oder vielleicht kommt sie auch mit —“, wobei ihr fortwährend klar war, daß ihre Mutter nicht mitkommen und sicherlich sehr viel dagegen haben würde, wenn ihre Tochter sie allein ließe.

Doch so leicht es, von der Stadt aus gesehen, geschienen hatte, die kleine Mutter zu vernachlässigen, so gigantisch wuchs ihre Gestalt, je mehr sich Una der Wohnung näherte, und sie rebete sich ein, sie sei froh, zu ihr heimzukehren.

Die Wohnung lag fünf Treppen hoch.

Es war ein schwindelerregender Aufstieg — insbesondere an diesem heißen Nachmittag.

(Fortsetzung folgt)

Zwei große Dachstuhlbrände.

In der Eisenacher Straße und in Dahlem.

Die Feuerwehr war in den gestrigen Nachmittagsstunden fast zu gleicher Zeit an zwei Stellen mit der Bekämpfung gefährlicher Dachstuhlbrände beschäftigt.

Der erste Alarm kam aus der Eisenacher Straße 30, dicht am Barbarossaplatz, wo im Dachstuhl des Vorderhauses Feuer ausgebrochen war. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als die Flammen bereits das Gebälk des angrenzenden Seitenflügels ergriffen hatten. Das trübe Wetter drückte gewaltige Rauchmassen auf die Straße nieder, so daß die Löschzüge in ihrer Arbeit dadurch stark behindert wurden. Ueber zwei mechanische Leitern und über drei Treppenaugänge wurde das Flammenmeer aus sechs Schlauchleitungen bekämpft. Beim Ausschlagen einer Bodentür wurde ein Brandmeister durch Abtrieb erheblich verletzt, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Nach etwa zweistündigem Wassergeben war der Brand soweit eingedämmt, daß für die Nachbarhäuser, die eine Zeitlang sehr bedroht waren, keine Gefahr mehr bestand.

Der Schaden ist sehr hoch, jedoch durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsurache konnte nicht mehr festgestellt werden, da beide Dachstühle völlig ausgebrannt sind. Das Feuer hatte eine große Schaar Rengieriger angelockt, so daß von der Schutzpolizei Absperrungen vorgenommen werden mußten.

Das zweite Feuer wurde gegen 18 Uhr aus der Königin-Luise-Straße 16 in Dahlem gemeldet. In einem Gartengrundstück steht dort eine größere Villa, deren Besitzer zur Zeit verreist sind. Aus den Bodentüren züngelten plötzlich die Flammen empor, und als die Feuerwehr anrückte, brannte der Dachstuhl in seiner ganzen Ausdehnung schon sichtbar. Es gelang, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und in einständiger Arbeit zu löschen. Es wird vermutet, daß der Brand durch Kurzschluss entstanden ist.

Volkstümliche Verfassungsfeiern!

Ein Beschluß des preussischen Staatsministeriums.

Wie der Amliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das Preussische Staatsministerium beschlossen, den diesjährigen Verfassungstag wie in den vergangenen Jahren zu feiern.

Die nunmehr erfolgte Räumung des Rheinlandes erweist sich, so führt die preussische Staatsregierung aus, als ein weiterer bedeutsamer Markstein auf dem schweren Wege des Wiederaufbaus. Dieser Grund legt den Gedanken nahe, die Verfassungsfeier unter voller Aufrechterhaltung ihres Charakters gleichzeitig allenthalben in dem Sinne auszugestalten, daß die Feiern besonders der lang-ersehnten vollständigen Befreiung unseres Rheinlandes gelten. Es ist daher unter anderem folgendes angeordnet worden:

Wegen der Gestaltung der Feier im einzelnen (Ansprachen, musikalische oder sonstige Darbietungen) wird den Behörden weitgehende Handlungsfreiheit gelassen, da die Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse eine einheitliche Regelung ausschließt. Es wird empfohlen, außerhalb der amtlichen Verfassungsfeier durch Anregung geeigneter Veranstaltungen in der Bevölkerung für eine möglichst volkstümliche Feier des Verfassungstages Sorge zu tragen. Hierfür kommen insbesondere auch Spiel- und sportliche Veranstaltungen aller Art in Betracht, soweit sie nicht bereits nach dem Rund-erlass des Ministeriums für Volkswohlfahrt vom 22. April 1930 in Aussicht genommen sind.

Neuer deutscher Amerikaflug.

Mit Kleinflugzeug in Etappen über den Ozean.

Der Stuttgarter Sportflieger Wolf Hirth ist gestern vom Flugplatz Tempelhof mit einem Klein-Kleinflugzeug zu einem Etappenflug über den Ozean gestartet. In seiner Begleitung befindet sich der Berliner Sportsmann Oskar Weller. Das Flugzeug hat in Köln, wie vorgesehen, eine Zwischenlandung vorgenommen.

Dieser neue Start zu einem Flug über den Ozean ist fast unbemerkt erfolgt. Der Pilot hatte nur ganz wenige Personen über seine Absichten unterrichtet. Selbst die Klein-Flugzeugwerke in Böblingen bei Stuttgart wußten nicht, daß der Abflug erfolgen sollte. Die Nachricht ist allerdings nicht überraschend gekommen, denn es war bekannt, daß Hirth gerade in den letzten Tagen sehr eifrig sein Unternehmen betrieben hat. Der Flug soll in Etappen über England, Island, Grönland nach Kanada führen. Die Maschine, die die beiden Flieger benutzen, ist ein Klein-Tiefdecker L. 25.

Wolf Hirth ist der Bruder des bekannten Vorkriegsfliegers Hellmuth Hirth. Er hat sich erst nach dem Kriege dem Flugport gewidmet und in den letzten Jahren große Erfolge gehabt.

Vom Mittelmeer nach der Schweiz.

Weitere Ausfälle im Europa-Rundflug.

Die Spingruppe der Europafieger, bestehend aus den beiden Deutschen Moritz und Pöhl sowie den drei Engländern Thorn, Butler und Broad, startete am Donnerstag von Barcelona zum Weiterflug über Nimes und Lyon nach Lausanne.

Wenig später folgten auch der Kanadier Corberr und der Franzose Arachart. Während Thorn in Lyon längeren Aufenthalt hatte, fehlten der Vorjahrsflieger Moritz sowie Pöhl, Butler und Broad den Weiterflug nach Lausanne unterzöglich fort und trafen dort, von zahlreichen Schaufliegern stürmisch begrüßt, schon um 15.30 Uhr ein. Sie haben damit bereits 5063 Kilometer, also zwei Drittel der Gesamtstrecke, abgeflogen. Bald darauf gestellten sich auch Thorn, Corberr und Arachart hinzu. In Lausanne war vorläufig Halt geboten, denn der Start zur nächsten Kontrolle Bern wird erst am Freitag früh freigegeben. Der deutsche Verkehrsflieger Volte, der wegen eines leichten Defektes an der Steuerung in Saragossa hatte übernachten müssen, war bald wieder flott und legte den Weg über Barcelona und die Mittelmeerküste nach der Schweiz fort. Da sich die Flugleitung immer noch nicht entscheiden konnte, den Flug über die Pyrenäen freizugeben, konnten im Laufe des Donnerstag auch noch die Nachzügler Frhr. v. Freyberg und v. Graevenreuth, die in Poitiers übernachtet hatten, sowie die aus Paris kommenden Deutschen Dinort, v. Waldau und v. Massenbach in Pau aufschließen, so daß insgesamt 39 Maschinen am Fuße der Pyrenäen versammelt sind. Von den übrigen beiden Bewerbern gab der Deutsche Stutz von der Verkehrsfliegerschule Braunschweig mit seinem Arado „L. 2a“ in Pau das Rennen auf.

Es sind jetzt nur noch 52 von den am Sonntag in Berlin gestarteten 60 Sportfliegern in Wettbewerb.

Professor Hasenberger, der im Herbst 1928 verstorbene Heeres-Flugingenieur, wurde durch die Enthüllung eines Denkmals auf dem Berliner Garnisonfriedhof geehrt.

Der Regen kam zu spät . . .

Mit Werderschen Kirschen nach Berlin. — Die Sonne hat es zu gut gemeint.

Ueber dem See bei Werder hängt der Regen wie in grauen Tüchern, doch die Gärten saugen ihn wie ein Schwamm auf. „Zu spät!“ versichern die Züchter. Vor vier Wochen noch in der Dürre wäre er nicht mit Gold zu bezahlen gewesen.

Oft haben die Werderaner, die auf Tod und Gedeih mit Berlin verbunden sind, des Schicksals Lücke durch das Wetter erfahren müssen. Meist ist es die Kälte, die den Werderschen Frühsegen vernichtete, in diesem Jahr ist es ausnahmsweise einmal die Hitze gewesen, die einen dicken Strich durch die Rechnung machte. Der aufmerksame Freund und Käufer Werderschen Obstes wird es jedenfalls auch bemerkt haben, daß bei der diesjährigen Obsterte etwas nicht stimmte.

Notreise der Früchte — der Geschmack fehlt.

Die Sonne hat so unbarbarisch auf den märkischen Sandboden gebrannt, daß die meisten Früchte vor ihrer Entfaltung zu einer Art Notreise kamen, was sie klein bleiben ließ und ihnen auch keinen rechten Geschmack gab. Die Erdbeereernte hat knapp acht Tage gewährt; die Hitze verhinderte die weitere Entfaltung der Früchte. Ebenso überstürzt sich die Kirschernte. Wenn diese Früchte bei 30 Grad Hitze auf den Bäumen reifen, so sind sie wie gekocht und man beizt sie, sie nur schnell abzuweihen. So kam es, daß Berlin während dieser Obstwochen mit Frischobst überschwemmt war. Nicht nur von Werder, sondern auch aus anderen Teilen des Reichs kam es in großen Massen nach Berlin. Trotzdem war ausgelassene Ware recht teuer. Die Werderschen Obstzüchter haben von diesen Preisen nichts gesehen. Sie erzielten für Kirschen 12 bis 15 Pf. und für Sauerkirschen 10 bis 12 Pf. pro Pfund. Stachelbeeren, die es in erdrückender Fülle gibt, werden mit 5 Pf. pro Pfund an die Saftpresse abgegeben.

Die Werderaner klagen.

Nach den Mitteilungen des Vorsitzenden der Obstbau-genossenschaft errechnet sich ein Verdienst von knapp 35 Pf. auf einen Korb Kirschen. Dieser kleine Verdienst würde noch geringer sein, wenn die Züchter es nicht verstanden hätten, durch genossenschaftlichen Zusammenschluß ihr Obst direkt den Berliner Käufern zuzuführen. Mit drei Lastwagen sind sie in den Haupttagen zweimal des Nachts nach Berlin gefahren. So reich kann keine Frucht in Berlin auf den Markt kommen wie Werdersches

Obst, das drei Stunden vorher gepflückt, dann in der Markthalle zum Verkauf steht. Freilich erhöhen sich dadurch auch bedeutend die Kosten und es entstehen Ausgaben, die andere Obstgärten in Deutschland nicht kennen. Die drei großen Stadtbahnhöfen, die ihnen bekanntlich die Berliner Markthallenverwaltung eingeräumt hat, erfordern einen jährlichen Pachtpreis von etwa 42 000 M., der von den einzelnen Mitgliedern aufgebracht werden muß. Diese Hallen können außerhalb der Obstzeit aber gar nicht ausgenutzt werden. Der Zwang, dort zu markieren, wo der Zentralmarkt ist, erfordert auch sonst noch Ausgaben. Bekanntlich fahren die Frauen der Züchter nach altem Brauch selbst nach der Halle, um ihre Ware zu verkaufen. Das bringt allerlei Mehrausgaben; darunter ist die wertwürdige Erscheinung zu nennen, daß die Händlerinnen für die übrige Zeit der Nachmittage sich feste Schloßstellen mieten. Bis zu sieben Frauen bewohnen ein Zimmer in der Umgegend der Markthalle. Sie liefern Bett und Bettzeug selbst und müssen 15 M. Miete für den Bettplatz zahlen. 105 M. Zimmermiete in einem Monat ist aber ein Preis, der reichlich nach Kapp aussieht. So klammert sich alles um das eine Geschäft und sucht aus anderer Leute Geschäfte den eigenen Nutzen herauszuschlagen. Wenn sich dann, wie in diesem Jahre, eine normale Ernte von mehreren Monaten in vier Wochen zusammendrängt und sich alles überstürzt, so wird für den Werderschen Obstzüchter der Segen des Himmels zu einer Last, dem er nicht entrinnen kann.

Jetzt ist die Zeit des Reinemachens.

Die Werderaner sind nicht nur Obstverkäufer, sondern auch Obstpfleger. Abgesehen von der einwandfreien Ware, die sie liefern, halten sie auch peinlichste Ordnung in den Gärten. Jetzt beginnt die Zeit des großen Reinemachens. Die Bäume werden gedüngt und mit Leimringen versehen. In diesem Jahr haben die Züchter unheimliche Ruhe zur Gartenarbeit, denn das Spätobst hat so gut wie gar nicht angefangen. Äpfel und Birnen hängen sehr dünn und Pflaumen gibt es überhaupt nicht. Einzige die Sauerkirschernte verspricht noch gut zu sein. Die Züchter sind jetzt dabei, von dem Ueberfluß des billigen Segens die besten Früchte für den eigenen Gebrauch auszuwählen. Fleißig wird in den Kellern gekeltert und Saft abgepreßt, um für das Werdersche Blütenfest im nächsten Frühling den Berliner Gästen einen guten Wein präsentieren zu können.

„Ich brauche eine Windjacke!“

Das wahre Gesicht der Röntgentaler Hafenkreuzler.

Ein schlimmer Tag für die Röntgentaler! Ihre eigenen Brünnungsgegnossen belästigen sie — gegen ihren Willen. Sie konnten eben nicht um die Wahrheit herum, und die Wahrheit spricht immer mehr gegen die Angeklagten!

Da war z. B. gestern der Steintuchhändler Zionski. Kein Zeuge hatte bisher so nottunlich wie er die Stimmungen geschildert, in der sich die Nationalsozialisten vor ihrem Ueberfall auf die Reichsbannerleute befanden. Schon beim ersten Zusammenstoß vor dem Reichselben Lokal rief Zionski: „Die Hunde sollen erschlagen werden.“ Und ungefähr unter dieser Parole ging dann die Truppierung im Lokal Edelweiß vor sich. Nachdem Köppler an die anwesenden SA-Leute und Gäste die Frage gerichtet hatte, wer gegen die Reichsbannerleute mitmachen wollte, wurde die Stimmung besonders kritisch. Der eine meinte: „Ich brauche eine neue Windjacke, vielleicht ist eine zu gewinnen.“ Ein anderer äußerte in nicht mißverständlicher Weise sein Bedauern:

„Schade, daß es nicht Freitag ist, da hätten sie ein bißchen Geld bei sich.“

Verteidiger und Staatsanwalt geraten wegen dieser Bekundungen des Zeugen heftig aneinander. Zionski versucht seine Aussagen zu

mildern: Der Untersuchungsrichter habe ihm die beiden Ausprüche vorgehalten, so sei sein Vernehmungprotokoll zustande gekommen. Der bald darauf vernommene Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Zimmer sagt aber ganz was anderes. Diese beiden Ausprüche der Nationalsozialisten im Lokal Edelweiß seien ihm vollkommen neu gewesen; der Zeuge habe sie selbständig von sich aus erzählt, nachdem er über andere im Lokal Edelweiß gefallene Redewendungen nichts habe bekunden können. Zionski weiß dagegen nichts zu erwidern.

Die Vernehmung des nächsten Zeugen Wildis dauert endlos und führt immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Verteidigung und Staatsanwalt. Es scheint unbegreiflich, daß der Zeuge dem Untersuchungsrichter nichts von den vielen Reichsbannerleuten erzählt haben sollte, die er unterwegs getroffen haben will. „Dem Untersuchungsrichter“, sagte der Zeuge, „hat es nur daran gelegen, die Schuld der Nationalsozialisten nachzuweisen. Er hat die Vernehmung einseitig geführt.“ Untersuchungsrichter Zimmer, danach befragt, schildert die Art seiner Protokollführung, bei der er unmöglich etwas niederschreiben ver-lassen haben könnte. Wildis macht nun so etwas wie einen Zurückzieher.

Die nächste Verhandlung findet heute um 9 Uhr statt.

„Durch Verfügung des Polizeiamts . . .“

1 Million Strafverfügungen in Preußen.

Einen interessanten Einblick in die Arbeit der Polizei bietet eine Statistik, der wir dieses entnehmen:

Eines der wirksamsten Mittel der Polizei, so heißt es, zur Durchführung ihrer Aufgaben zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung ist ihr in Form der polizeilichen Strafverfügung in die Hand gegeben, durch welche die Richtbefolgung einer im Interesse der Allgemeinheit erlassenen Verordnung geahndet werden kann.

In welchem Ausmaß die Polizei von ihrem Rechte des Erlasses polizeilicher Strafverfügungen Gebrauch gemacht hat, geht daraus hervor, daß im letzten Berichtsjahr in der Zeit vom 1. Oktober 1928 bis zum 30. September 1929 allein in Preußen nicht weniger als insgesamt 1 081 554 Strafverfügungen infolge von Verstößen gegen polizeiliche Anordnungen ergingen, darunter 633 115 oder 58,5 Proz. wegen verkehrspolizeilicher Uebertretungen. In unserem Zeitalter der rastlosen Entwicklung des Verkehrs und der ständig wachsenden Ziffer der Verkehrsunfälle aller Art verdient gerade dieses Gebiet besondere Beachtung, da eine der vornehmsten Aufgaben der Polizei darin besteht, die Sicherheit des Straßenverkehrs zu gewährleisten und gegen rückwärtige Straßendiebstahl — Fahrer wie Fußgänger — vorzugehen.

Die in Preußen erlassenen 633 115 Strafverfügungen, von denen 30 038 zur Strafverfolgung an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurden, richteten sich in ungefähre gleicher Höhe gegen Kraftwagenführer einschließlich Motorradfahrer (216 954) sowie gegen Radfahrer (225 808), während die gegen Fuhrleute und sonstige Personen erlassenen Polizeistrafen sich auf 90 972 bzw. 88 791 beliefen.

Zum erstenmal erreichte auch die Zahl der über Fußgänger verhängten Strafen in Preußen mit insgesamt 10 950 eine beachtenswerte Höhe. In Berlin allein stieg die Ziffer der bestraften Fußgänger von 782 im Jahre 1928 auf 1990 im vergangenen Jahre. Die verschärften Maßnahmen gegenüber den Straßensüßlingen erwiesen sich jedoch im Interesse der gefährdeten Abwicklung des Straßenverkehrs zur Herbeiführung einer besseren Straßendisziplin als unbedingt erforderlich.

Die meisten der polizeilichen Strafverfügungen (861 241) er-lassen durch Zahlung der festgesetzten Geldstrafe, andere durch Ver-

büßung der Haftstrafen (19 954) ihre Erledigung; in 58 173 Fällen erfolgte eine Zurücknahme oder Begnadigung, während weitere 45 204 mit dem Antrag auf richterliche Entscheidung den Gerichten übergeben wurden, wobei allerdings nur in 6138 Fällen eine Aufhebung der Strafverfügung ergiebt wurde. In einer ganzen Reihe von Fällen erfolgte dagegen eine Ermäßigung der Geldstrafe oder Bewährung von Ratenzahlungen.

Der Autounfall des Präsidenten Heineden.

Der Präsident des Norddeutschen Land, Dr. Heineden, wurde am Donnerstagmittag bei einem Autounfall in Lichtenrade schwer verletzt. Dr. Heineden und sein Begleiter, Direktor Kassoda, sowie der Chauffeur Harald Teichert fanden im Tempelhofer St. Josefstrankenhaus Aufnahme.

Nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen ereignete sich das Unglück, als der Chauffeur des Präsidenten auf der Lichtenrader Chaussee, etwa 50 Meter nördlich der Budower Chaussee, ein Lastauto überholen wollte. Im selben Augenblick kam aus entgegengesetzter Richtung ein Lieferauto heran und beide Fahrzeuge fuhrten mit großer Heftigkeit aufeinander. — Wie wir aus dem Josefstrankenhaus erfahren, besteht für Dr. Heinede keine akute Lebensgefahr. Er hat zwar eine Schädelverletzung und schwere Brustquetschungen erlitten, doch ist das Befinden den Umständen nach gut. Die Verletzungen des Chauffeurs Teichert scheinen dagegen schwererer Natur zu sein, als es zuerst den Anschein hatte. Am glimpflichsten ist der Begleiter des Präsidenten, Direktor Kassoda, dazugekommen, der einen Nasenbeinbruch davongetragen hat und nach Anlegung von Rotverbänden bereits wieder entlassen werden konnte.

SCHÖNE HAARE:

PIXAVON-Shampoo

BEUTEL 30 M

Die Hufeisenstadt wächst

483 neue Wohnungen in Berlins schönster Arbeitersiedlung / Die Gehag am Werk

Die von der freigewerkschaftlichen Gehag, Gemeinnützige Heimstätten-Bau- und Spar-V.-G. erbaute Fritz-Hufeisen-Siedlung ist jetzt um weitere 483 Wohnungen erweitert worden. Der neue Teil schließt sich an die alte Siedlung an und enthält gleichfalls Etagenwohnungen und Einfamilienhäuser. Südlich vom Hufeisen wurde die Fritz-Reuter-Allee verlängert und an dieser bis zum Briher Gutsputz die neuen Wohnungen gelegt. Die architektonische Gliederung war schon durch den alten Teil der Siedlung bestimmt. Inmitten von großen Etagenbauten liegen die Einfamilienhäuser und bringen so die notwendige Auflockerung in den neuen Siedlungsteil. Auch hier, wie immer bei den Lautschen Bauten, überrascht die gute Anlage der Wohnung. Nach dem Süden fliegen die großen Balkone und nach den Bellerbeiden die Wirtschaftsräume. Auch im Farbenaufstrich zeigt sich schon die Betonung der Wohnfronten, hier, in warmen Tönen gehalten, die architektonische Gliederung der Bauten wirksam unterstreicht. Zwischen den Häusern liegen genügend Freiflächen. Die Gehag hat in diesem neuen Teil auch kleinere Einfamilienhaustypen gebaut, so einige Häuser, die nur 2 1/2 Zimmer umfassen. Zwei Einfamilienhäuser hatten die Deutschen Werkstätten eingerichtet, um zu zeigen, daß Architektur, Innenräume, Wandausstattung und Möbel in einen harmonischen Gleichklang zu bringen sind. Die Räume dürfen nicht durch übermäßig große Möbel künstlich in ihrer Raumwirkung verkleinert werden. Die von den Deutschen Werkstätten gezeigten modernen Möbel sind einfach, schön und zweckmäßig. Die neuen Mieter werden aus dieser Ausstellung sicher manchen praktischen Ratsschlag mitnehmen können, und sei es auch nur die richtige Möbelausstattung und Raumausnutzung.

Wie ungeheuer erschwert der Wohnungsbau durch die hohen Zinslasten und Verteuerung der Baukosten geworden ist, zeigt sich bei einem Vergleich der Mietpreise des neuen mit denen des alten Teils. Eine 2 1/2-Zimmer-Wohnung im alten Teil kostete 63 Mark, die gleiche Wohnung im neuen Teil kostet annähernd 20 Mark mehr. Angesichts dieser Mieten kann man wirklich bald zu der Überzeugung kommen, daß der Wohnungsneubau eines Lags nicht bewegen (stoden) wird, weil der Wohnungsmarkt gesättigt ist,

sondern weil der Kreis der Wohnungsuchenden, der so teure Neubaukosten zahlen kann, erschöpft ist. Von den Bauvorhaben in Berlin, die bereits 1928 Hauszinssteuerpotenzen erhielten, sind jetzt 23 200 fertiggestellt, während sich noch 1600 in der Bauausführung befinden. Von den 26 450 Bauprojekten des Jahres 1929 sind ebenfalls 15 650 fertiggestellt



Neue Bauten freigewerkschaftlicher Wohnungsfürsorge in Berlin
Erweiterungsbau der Hufeisensiedlung in Britz durch die Gehag.
Die neuen Häuser in der verlängerten Fritz-Reuter-Allee

und 8500 stehen vor ihrer baulichen Vervollendung. Zu den Bauobjekten, die aus den Hauszinssteuermitteln von 1930 beschafft wurden, sind die Siedlungsbauten der Reichsforschungsgesellschaft in Haselhorst hinzugekommen, so daß die Wohnungsfürsorgegesellschaft in diesem Jahr rund 30 100 neue Wohnungen für die Beleihung mit Hauszinssteuer annahm. Von dieser großen Zahl neuer Bauvorhaben, die den Durchschnitt der letzten Jahre erheblich übersteigt, sind allerdings erst 160 Wohnungen fertiggestellt und 6500 befinden sich im Bau, während der Rest erst dank der unpraktischen Mittelzuweisung zum Ende des Rechnungsjahres und frühestens im Mai erst in der kommenden Bauzeit in Angriff genommen werden kann. Es befinden sich im Augenblick insgesamt noch 16 470 Wohnungen in der Ausführung, deren Fertigstellung bis zur Bezugsfähigkeit bei einigermaßen günstigem Bauwetter noch in diesem Jahre zu erwarten ist.

Falscher Arzt treibt sein Unwesen. Warnung des Bezirksamtes Wedding.

Das Bezirksamte Wedding teilt mit:
Vor einem angeblichen Arzt Dr. Stein, auch Stödel, Reuther und Fromm, der schwangere und frisch entbundene Frauen aufsucht und unter dem Vorgeben, daß er vom Wohlfahrtsamt bzw. von der Säuglingsfürsorge komme, bei diesen Frauen körperliche Untersuchungen und geschlechtliche Berührungen vornimmt, wird gewarnt. Sein Vorhaben, das lediglich zur Befriedigung seiner sexuellen Gelüste dient, wird ihm besonders leicht, da er den betreffenden Frauen in allen Fällen Unterstützungen vom Wohlfahrtsamt und den Säuglingsfürsorgestellen in Aussicht stellt. Der

Schwindler wird als ein Mann von 34 bis 44 Jahren geschildert, mittelgroß, corpulent, dunkle Augen, schwarze lange Augenbrauen, gestufter Schnurr- und Spigbart. Er trug bei seinem letzten Besuch grauen, hellgestreiften Anzug und eine schwarze Aktentasche.

Um diesem gemeingefährlichen Schwindler, der seit Jahren mit gewissen Zeitabständen die schwangeren und entbundenen Frauen belästigt, das Handwerk zu legen, ist bei seinem Auftauchen die Festnahme zu veranlassen.

Mit-Berlin. Die nächste Führung durch die verfallenen Winkel des Altberlins veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg unter der Leitung des Schriftführers Georg Hammer am Sonntag, dem 7. Juli, Treffpunkt 10 1/2 Uhr auf dem Spittelmarkt, Ausgang der U-Bahn. Teilnahme 50 Pfennig.

Strandbad Wannsee — hier aussteigen! Neue Schilder auf Bahnhof Nikolassee. — Einleiten der Reichsbahn-Direktion?

Wiederholt mußte leider im „Vorwärts“ festgestellt werden, daß sich die Reichsbahn-Direktion Berlin bisher fast allen Vorschlägen der Badeverwaltung des Strandbades Wannsee, einige Verbesserungen zugunsten der hinausfahrenden Erholungssuchenden zu schaffen, in einer völlig unverständlichen Weise hartnäckig verschloß.

Während sich die Badeverwaltung stets alle erdenkliche Mühe gab und auch erhebliche Kosten nicht scheute, den Berlinern den Aufenthalt am Ufer des Wannsees so angenehm wie möglich zu machen, verhielt sich die Reichsbahn den dringenden Forderungen der Badeverwaltung stets ablehnend. Dazu gehört z. B. die Bitte, den Bahnhof Nikolassee in „Strandbad Wannsee“ umzubenennen. Der Bahnhof Nikolassee liegt dem Eingang des Strandbades am nächsten und die „Stammgäste“ wissen natürlich, wo sie aussteigen haben, um das Bad schnellstens zu erreichen. Die vielen Tausende aber, die über diese Lokalkenntnis nicht verfügen, suchen regelmäßig bis zum Bahnhof Wannsee, wo sie dann feststellen mußten, daß sie eine Station zu weit gefahren waren. Die Badeverwaltung wurde bei der Reichsbahn immer wieder vorstellig, und jetzt endlich, nach vielem Hin und Her, ist ein kleiner Anfangserfolg zu verzeichnen. Die Reichsbahn-Direktion hat sich nämlich dazu entschlossen, auf dem Bahnhof Nikolassee Schilder mit der Aufschrift:

„Zum Strandbad Wannsee hier aussteigen“

anzubringen. In einer „reichsbahnmäßigen“ Notiz heißt es hierzu: „Um mehrfach geäußerten Wünschen der Öffentlichkeit entgegenzukommen, sind auf beiden Bahnsteigen des Bahnhofs Nikolassee große Wegweiser aufgestellt worden. Dadurch soll vermieden werden, daß von Berlin kommende Besucher des Strandbades Wannsee bis zu der weitergelegenen Station Wannsee fahren, anstatt auf dem Bahnhof Nikolassee aussteigen, der dem Strandbade nähergelegen ist.“

Weiter ist immer wieder der Vorschlag gemacht worden, vom Potsdamer Bahnhof durchgehende Züge nach dem Strandbad Wannsee einzulegen. Von der Reichsbahn-Direktion ist das leider mit der Begründung abgelehnt worden, daß aus betriebstechnischen Gründen eine solche Einrichtung nicht möglich sei. Bei einigem guten Willen sollte sich aber auch hier trotzdem ein Ausweg, der den Wünschen der Badegäste mehr Rechnung trägt, finden lassen. Bei dieser Gelegenheit einige Worte über die Preispolitik der Reichsbahn. Der Fahrpreis für eine Fahrt nach Nikolassee ist relativ hoch und viele Erholungssuchende müssen sich deshalb die Fahrt ins Strandbad verkneifen. Sollte es nicht möglich sein, für die wenigen Sommermonate Hin- und Rückfahrkarten zu ermäßigten Preisen, ähnlich wie die Sonntagsfahrkarten, einzuführen? Wir wollen sogar noch weitergehen und der Reichsbahn-Direktion Berlin den Vorschlag unterbreiten, mit der Badeverwaltung des Strandbades Wannsee ein Abkommen zu treffen, in den Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt gleichzeitig den Eintrittspreis zum Strandbad mit einzubeziehen. Das bei der Hoch- und Untergrundbahn unlöslich großer Ausstellungen am Kaiserdamm möglich war, wo an den Fahrkartenschaltern auch Fahrkarten mit gleichzeitiger Eintrittsberechtigung zu den Ausstellungen ausgegeben wurden, sollte bei der Reichsbahn, zumal es sich hier um eine ständige Einrichtung handeln würde, schon lange möglich sein.

Die Stadt muß an allem sparen.

Der Magistrat klagt in einer Rundverfügung an alle städtischen Dienststellen, daß nach seinen Beobachtungen bei der Herausgabe von Drucksachen, besonders von Druckschriften, auf die schlechte Finanzlage der Stadt nicht genügend Rücksicht genommen wird. In Zukunft wünscht der Magistrat, daß in allen Fällen die Notwendigkeit der Herausgabe von amtlichen Druckschriften geprüft, ihre Ausführung möglichst einfach gehalten und die Papierqualität immer der Zweckbestimmung der Druckschrift angepaßt wird. Das Amtsblatt der Stadt Berlin hat sich in diesem Sinne bereits vorbildlich vereinfacht, die statistischen Berichte der Stadt werden überhaupt nicht mehr gedruckt und das Berliner Wohlfahrtsblatt erscheint nur noch von Zeit zu Zeit.

Vom Leisten

hängt es ab, ob der Schuh gut sitzt!
Die Salamander-Schuhfabrik stellt alle Leisten unter Leitung erprobter Fachleute auf den modernsten Präzisionsmaschinen selbst her.
Darum rühmt jeder die hervorragende Paßform von



SALAMANDER

Wer für den „Vorwärts“ wirbt, dient der Partei! Denkt an den 14. September, den Tag der Entscheidung!

„Gut gefaut ist halb verdaut!“

Die Schulzahnpflege im Bezirk Treptow.

Die Entwicklung der Schulzahnpflege nahm durch sozialdemokratische Vorarbeit im Bezirk Treptow im Berichtsjahr 1929 einen guten Fortgang. Es konnten nicht nur, wie vorgeschrieben, sämtliche lebenden, fünften, dritten und ersten Klassen mit einer Schülerzahl von 4114 behandelt werden, sondern es gelang darüber hinaus, auch noch neun sechste Klassen mit 338 Kindern in die systematische Behandlung hineinzubeziehen. Die Erfassungsziffer, die im Jahre 1927 erst 25 Proz. betrug und im Jahre 1928 auf 67 Proz. stieg, erhöhte sich 1929 weiter auf durchschnittlich 76 Proz. und betrug bei einzelnen Klassen sogar 100 Proz.

Dieses für den sehr ungünstig gelegenen, weil äußerst langgestreckten Bezirk sehr befriedigende Resultat wurde nur dadurch erreicht, daß seit dem Jahre 1928 die Untersuchung der Kinder nicht mehr in den Schulen vorgenommen wird, sondern daß eine Klassenweise Zuführung in die Klinik durch die Lehrerschaft stattfindet, an die sich die Behandlung der gesamten Klasse sofort anschließt. Da sich seit Jahren immer wieder herausstellte, daß bei der vorgeschriebenen zweijährigen Behandlung drei Viertel aller Kinder einen Defekt aufweisen und behandlungsbefähigt sind, werden seit einem Jahre sämtliche behandelten Kinder aufgefordert, in nicht zu langen Zwischenräumen freiwillig an einem beliebigen Tag zur Nachschau und evtl. sofort anschließenden Behandlung zu erscheinen. Erfreulicherweise folgte mehr als die Hälfte der Kinder dieser Aufforderung; es wird daher an diesem Vorgehen festgehalten werden. In der systematischen Sanierung wurden neben anderen Leistungen 937 Milchzähne entfernt, 190 gefüllt, 173 bleibende Zähne entfernt, 3126 gefüllt, wozu 412 wurzelbehandelte Zähne betrafen. In der Poliklinik lauten die entsprechenden Zahlen 1657, 272, 160, 1688, 341. Wenn die Bereitwilligkeit der Lehrerschaft und Elternschaft weiter erhalten bleibt und das Verständnis für die systematisch geregelte Zahnbehandlung in der Bevölkerung wächst, werden sich die Erfolge noch erheblich bessern lassen.

Bitte an die Reisenden.

Achtel in Zügen und auf Bahnhöfen auf Ordnung und Sauberkeit.

Die Reichsbahndirektion Berlin bittet, folgendes zu veröffentlichen:

Am Interesse des Reiseverkehrs und des Wohlbehagens der Reisenden selbst liegt es, wenn die Bestrebungen der Reichsbahn, in den Bahnhöfen, auf den Bahnsteigen und besonders auch in den Zügen Ordnung und Sauberkeit durchzuführen, vom Publikum in jeder Weise unterstützt werden. In der letzten Zeit wird leider von vielen Reisenden in Eingaben und in der Presse über Verhältnisse von Unordnung, Unsauberkeit und Unruhe berichtet. Die meisten Klagen beziehen sich auf das unhygienische Wegwerfen von Papier, Obst und Tobakspackungen oder leeren Behältern. Es sei bemerkt, daß die Groß-Berliner Bahnhöfe in den letzten Wochen allein vier Tische zu verzeichnen hatten, in denen Reisende auf abfalliges weggeworfenes Obstreste ausglitten und dabei zu Schäden kamen. Aber abgesehen von diesen gefährlichen Gemohnheiten, besteht vielfach eine große Gleichgültigkeit gegenüber Bestimmungen, die ausschließlich dem Interesse der Reisenden selber dienen sollen. Worte werden oft verunreinigt, die zurückgelassenen Handtücher werden allzu häufig zur Reinigung der Fußbekleidung benutzt. Oft genug kann man Reisende beobachten, die ihre Füße auf die Sitze legen, ohne wenigstens eine Unterlage zu verwenden. Fenster werden ohne Rücksicht auf die Mitreisenden geöffnet und das Rauchverbot vielfach nicht beachtet.

Wenn auch diese Uebel- und Rücksichtslosigkeiten nicht immer

Weltflughafen Berlin

Die Übernahme des Flugplatzes Staaken / 42 440 Fluggäste im letzten Jahr

Das Jahr 1929 stellte die Berliner Flughafen-Gesellschaft vor eine Reihe von besonderen Aufgaben und Entscheidungen. Die unthätigen finanziellen Verhältnisse zwangen Reich, Länder und Städte, bei der Aufstellung ihrer Haushaltspläne die Mittel für Luftfahrtzwecke erheblich zu kürzen, so daß der deutsche Luftverkehr im letzten Jahre zeitlich und kleinräumig nach fast eingestrichelt werden mußte. Für die Berliner Flughafen-Gesellschaft ergab sich daraus die Tatsache, daß die Einnahmen aus den Flughafengebühren und aus der Vermietung der Flughafenanlagen etwas zurückgingen. Nur durch verstärkte Werbetätigkeit war es möglich, die vorhandenen Flughafenanlagen trotzdem in vollem Umfange nutzbringend zu verwenden.

Die technischen Einrichtungen mußten dahin ergänzt werden, daß der Kirchturm der Genesareth-Kirche sowie die Schornsteine der Rindl-Brauerei, der Sarotti-Werke und der Hüttenwerke Meyer u. Co. mit einer Hindernisbefreiung versehen wurden. Die Landanlagen vor den Hallen 4 und 5 mußten durch 5 weitere Zapfstellen und 1 Einflüßstelle mit Rücksicht auf die erhöhte Inanspruchnahme durch den Betrieb der Deutschen Luft-Linien u. Co. erweitert werden. An der Ostseite des Flughafens wurde zur Sicherung des Luftverkehrs eine

Zunt-Deifstation

errichtet, die Innenausstattung für diese Station übernahm das Reich. Die wichtigsten Arbeiten wurden geleistet für die Erweiterung der Start- und Rollbahnen, bei denen es sich immer mehr herausstellte, daß sie für die Abwicklung des Luftverkehrs, insbesondere für die Sicherheit desselben und Schonung der Grasnarbe, unerlässlich sind.

Längs des Nordwestkanals wurde die innerhalb des Flughafens liegende Umgehungsstraße weitergeführt, so daß die

beiden seitigen Grenzen des Flughafens, die Nord- und Ostgrenze, mit einer besonderen Zufahrtsstraße versehen sind, um auf kürzestem Wege das Rollfeld zu erreichen. Am Verwaltungsgebäude wurden Ergänzungsarbeiten vorgenommen, um insbesondere den an den Betriebsbetrieb gestellten Anforderungen nachkommen zu können.

Staaken wird Berlins Weltflughafen?

Der Flugplatz Staaken wurde von der Luftschiffbau-Zeppelin-G. m. b. H. übernommen. Auch der Vertrag wegen der Neuanlage des Flughafens Brix für die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt wurde dem Abschluß nahe gebracht. Zum Schluß des Geschäftsjahres kam der Vertrag bzgl. der auftragsweisen Übernahme der Verwaltung des Flugplatzes Staaken durch die Berliner Flughafen-Gesellschaft zustande, der der Flughafen-Gesellschaft eine Reihe von neuen Aufgaben und Arbeiten bringt, gleichzeitig aber auch die Möglichkeit, die für den Luftverkehr Berlins erforderlichen Einrichtungen nachgemah zu entwickeln und auszugestalten. Der Flugplatz Brix wird von der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt verwaltet.

Die Betriebsüberlicht weist nach, daß im planmäßigen Streckenverkehr für 1929 7742 Flugzeuge starteten und landeten, daß 26 819 Fluggäste befördert und eine Nutzlast von 754 359 Kilogramm (Gepäck, Fracht, Post und Zeitungen) befördert wurden. Hierzu kommt der örtliche Flugbetrieb, bei dem 2500 Rundflüge mit 12 136 Rundfluggästen durchgeführt wurden, daß 13 916 Flugzeuge außerplanmäßig starteten und landeten und eine Nutzlast von 311 717 Kilogramm (Gepäck, Fracht, Post und Zeitungen) befördert wurden. Das Gesamtergebnis für 1929 ergibt 21 654 startende und landende Flugzeuge, 42 440 Fluggäste und eine Nutzlast von 1 066 076 Kilogramm.

unangenehme Folgen haben, so leidet doch das allgemeine Wohlbefinden der Reisenden, und das allein sollte genügen, mit beizutragen, Ordnung und Sauberkeit durchzuführen. Aber auch der Dienst des Reichsbahnpersonals, das sich möglichst nur dem Betrieb und Verkehr widmen soll, wird erleichtert, wenn es nicht durch unflätige Vorkommnisse der gekennzeichneten Art in Anspruch genommen wird. Die Reichsbahndirektion begrüßt es, wenn immer mehr auch die Reisenden ihre Mithilfe im Dienste von Ordnung und Sauberkeit zur Verfügung stellen.

Schwangerenfürsorge in Köpenick.

Zur Beratung der werdenden Mütter unterhält das Bezirksamt Köpenick seit einigen Jahren eine Schwangerenfürsorgestelle. Die Benutzung dieser städtischen Einrichtungen ist völlig kostenlos und daher jeder werdenden Mutter anzuraten. Neben freier ärztlicher Untersuchung, die teilweise durch eine Zerstreuung vorgenommen wird, wird bereitwilligst Rat und Auskunft erteilt.

Die Schwangerenfürsorgestelle befindet sich in Köpenick, Berliner Straße 3 (Eingang Gutenbergstraße) und hält ihre Sprechstunden Montags von 12 bis 13 Uhr (Dr. Richter oder Dr. Rejzke) und Dienstags von 16½ bis 17½ Uhr (Frau Dr. Thiede) ab.

Auch in den Ortsteilen Friedrichshagen und Grünau können sich werdende Mütter anschließend an die Säuglingsfürsorge-Sprechstunden beraten lassen; in Friedrichshagen, Friedrich-

straße 88, Montags und Donnerstags von 11 bis 12 Uhr (Frau Dr. Thiede); in Grünau, Mittelstraße 10, Mittwochs von 12 bis 13 Uhr (Frau Dr. Thiede).

Tuberkulosefürsorge Prenzlauer Berg wird verlegt.

Nach einem Vertrage vom Jahre 1924 zwischen der Stadt Berlin und der Landesversicherungsanstalt liegt die Betreuung nicht nur der versicherten Tuberkulösen, sondern auch der Tuberkulösen der gesamten Bevölkerung des Bezirks Prenzlauer Berg der Landesversicherungsanstalt Berlin ob. Sie hatte daher in Schulräumen in der Oberspäcker Straße eine Tuberkulosefürsorgestelle Prenzlauer Berg eingerichtet.

Nachdem aber in letzter Zeit von Seiten der Eltern der Schüler eine Anstehungsmöglichkeit ihrer Kinder befürchtet wurde und deshalb verschiedentlich Beschwerden bei der Bezirkschuldeputation eingegangen waren, sind der Fürsorgestelle die Räume zum 31. März 1930 gekündigt worden. Dieser Termin konnte jedoch nicht innegehalten werden, da es trotz angestrengtester Bemühungen nicht möglich gewesen war, andere geeignete Räume im Bezirk Prenzlauer Berg hierfür zu erhalten. An eine Schließung konnte nicht gedacht werden, da die Fürsorgestelle von rund 16 000 Betreuten in Anspruch genommen wird. Es blieb somit nur übrig die Errichtung einer Baracke auf städtischem Gelände oder die Gewinnung von Räumlichkeiten durch Ausbau bereits bestehender städtischer Gebäude. Der Magistrat hat sich nach eingehenden Berechnungen entschlossen, den Ausbau des Pflegehauses VII des Hufeland-Hospitals vorzunehmen.

etwas weiter fahren, dafür besser und billiger kaufen

LEBENS MITTEL

Lieber

Hühner sch. Pfd. an 0.78
 Enten sch. Pfd. an 0.90
 Jg. Gänse sch. Pfd. an 0.98
 Brathühner Pfd. 1.20
 Rehblätter Pfd. 1.05
 Wildragout Pfd. 0.28
 Himbeer-Saft oder Kirsche-Saft 1.40
 Apfel Galca 0.50
 Pflaumen- Marmelade 0.50
 Tafelöl low 0.78
 Nußschink. Pfd. 1.95
 Brickäse 3 Ecken 0.55

Billige und gute
**Wochenend-
 Konserven**
 in großer Auswahl

Zigarren und Zigarillos
 in allen Preislagen
 „Karstadt-Bombe“ 0.48

Kolonialwaren	Weine und Spirituosen	Butter und Käse	Fische, Buchwaren
Einmach-Zucker Pfd. 0.36	Apfelwein Lt. 0.44	Milchbutter Pfd. 1.58	Seelachs Kopf 100 Gr. Pfd. 0.18
Auszug-Mehl 5 Pfd. 1.45	Edenhobener Lt. 0.85	Tafelbutter Pfd. 1.66	Goldbars ohne Kopf Pfd. 0.26
Hartweizengrieß Pfd. 0.52	Nitteler Leichter Lt. 1.30	Dänische Butter Pfd. 1.82	Schellfisch mit Kopf Pfd. 0.80
Eier-Bandnudeln Pfd. 0.50	Niersteiner 2 Lt. 1.25	Marg. Pflanzenfett Pfd. 0.50	Kabeljaufilet Pfd. 0.28
Eier-Fadennudeln Pfd. 0.50	Dürkheimer 2 Lt. 0.90	Emmentaler Schu. Pfd. an 1.38	Zander zimmer Pfd. 0.60
Puddingpulver low Pfd. 0.40	Macon (Burgund) 1/2 Pfd. 1.30	„Edel“ Blockkäse Pfd. an 0.80	Mattjes-Hering mit Salz Pfd. 0.25
Bruchreis Pfd. 0.19	Weinbr. Spezial 1 Lt. 1.40	Edamer vollfett Pfd. 0.90	Lebende Aale Pfd. an 1.10
Maispulver Pfd. 0.83	Weinbr. Versäim 1 Lt. 1.40	Tilsiter vollfett Pfd. an 0.85	Lebende Krebse 10 Stk. an 0.60
Sultana's Pfd. 0.32	1 Lt. 1.10	Steinbacher Orig. Halb Pfd. 1.10	Bücklinge Pfd. an 0.48
Corinthien Pfd. 0.60	Muskat Lt. 1.90	Romanow vollfett Pfd. 0.88	Seelachs geschult Pfd. 0.38
Caracas-Kaffee 1/2 Pfd. 3.40	Deuro Portwein Lt. 1.30	Frühstückskäse Pfd. 0.50	Bundante Pfd. an 0.55
	Wermuth Lt. 1.30		
Delikatessen	Obst und Gemüse	Wurstwaren	Konfitüren
Bratlinge in Öl Ds. 0.50	Pflaumen Masse Pfd. 0.25	Fleischwurst Pfd. 0.88	Erkanta Pralinen 125 Gr. 0.50
Seelachs in Scheiben Ds. 0.55	Zwetschen Pfd. 0.16	Dampfwurst Pfd. 0.96	Argento Schok. 100 Gr. 1/2 Pfd. 0.50
Salm Ds. 0.75	Pflaume Pfd. 0.42	Schinkenchen Pfd. 1.08	Elisabethen Pfd. 0.70
Gabelbissen Ds. 0.65	Schattenmorellen Pfd. 0.25	Jagdwurst Pfd. 1.15	Saure Drops Pfd. 0.50
Rollmops in Remoulade Ds. 0.65	Johannisbeeren Pfd. 0.14	Mettwurst Brodw. Art Pfd. 1.25	Gelee-Mischung Pfd. 0.80
Pilchards Ds. 1.10	Reinlauden 2 Pfd. 0.55	Fleischwurst Pfd. 1.65	Fruchtgewinn Pfd. 0.80
Sprotten in Öl 2 Ds. 0.85	Wein 1 Lt. 0.80	Zerelatw. u. Selami Pfd. 1.65	Erfrischg.-Waffeln Pfd. 0.95
Norw. Fischklöße 1/2 Ds. 2.00	Strudeläpfel 1 Pfd. 0.25	Zerelatw. in Fett Pfd. 1.85	Harrenkringel Pfd. 1.00
Bratlinge Liter Ds. 0.78	Muskateller-Birnen Pfd. 0.80	Feine Leberwurst Pfd. 1.40	Burgin. Kahao Gemalt Pfd. 1.00
Ochsenfleisch 1 kg Salt Ds. 1.10	Mandarinen Pfd. 0.60	Schweinebacken Pfd. 0.85	Haushaltkakao Pfd. 0.58
Halberst. Würstchen Ds. 0.70	Zitronen Ds. an 0.35	Gek. Schinken Pfd. 2.00	Dess. Törtchen Pack 10 Stk. 0.50

KARSTADT

U. BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT-BAHNHOF

U. BAHNHOF HERMANNPLATZ

Die Lösung der Mansfeldkrise.

Heute werden die Kupferbetriebe wieder eröffnet.

Vorgestern wurde in später Abendstunde die grundsätzliche Einigung zwischen Reich und Preußen einerseits und der Mansfeldverwaltung andererseits über die staatliche Seite der Krisenlösung in Mansfeld erzielt. Gestern morgen wurden die Festlegungen offiziell unterzeichnet. Heute sind die stillgelegten Betriebe im Mansfeldgebiet wieder geöffnet worden. Die 13 000 Bergleute und Metallarbeiter, die seit dem 1. Juli im Ausperrungskampf standen, werden wieder beschäftigt, die Not der Gemeinden, die unter dem Druck der gezwungenen Arbeitslosigkeit zur finanziellen Katastrophe zu führen drohte, wird vorerst beschworen sein.

Das Ergebnis der Verhandlungen.

Die Lösung der Mansfeldkrise besteht aus zwei Teilen, dem gewerkschaftlichen und dem staatlichen. Von den Gewerkschaften wurde die geforderte 15prozentige Lohnsenkung abgewehrt, der Kupferpreisrückgang hat aber das Zustandekommen einer 9prozentigen Lohnverminderung erzwungen. Diese Lohnverminderung bringt nach früheren Angaben von Mansfeld eine Ersparnis von 3,4 Millionen Mark.

Zu dieser Ersparnis treten nun — außer Steuererleichterungen und Frachterleichterungen — Zuschüsse, die von Reich und Preußen gezahlt werden. Ueber diese Zuschüsse wurde folgendes vereinbart: bis zum 31. Dezember dieses Jahres werden von jetzt ab monatlich 450 000 Mark als feste Summe an die Mansfeld A.-G. von Preußen und dem Reich je zur Hälfte gezahlt. Wenn die Jahresverluste bei Mansfeld für 1930 den Betrag von 5,5 Millionen überschreiten, so kann die Summe von 450 000 Mark auf 500 000 Mark erhöht werden. Diese 500 000 Mark sind die oberste Grenze, für die Preußen und das Reich in Anspruch genommen werden können. Grundsätzlich tritt eine Haftung des ganzen Mansfeldkonzerns für die staatliche Beihilfe ein. Die Kupferbetriebe werden nicht herausgenommen, sondern der ganze Mansfeldkonzern wird der Kontrolle der Reichstreuhandgesellschaft unterstellt, die durch ständige Revision festzustellen hat, wie sich die Rentabilität des Konzerns entwickelt. Sind die Konzernverluste kleiner als die gewährten Zuschüsse, so ist die Differenz zugunsten von Reich und Preußen zu verzinsen und zurückzahlen, d. h., daß es sich grundsätzlich um einen Kredit handelt, der nur soweit zinsfrei und evtl. als verlorenen Zuschuß zu betrachten ist, als die Verluste über die Subvention hinausgehen.

Zur Beurteilung dieser Regelung muß man beachten, was die Mansfeldverwaltung vom Reich zunächst gefordert hatte und zwar außer den Steuer- und Frachterleichterungen, bevor es zu den von Preußen beeinflussten Vereinbarungen kam. Man wird die Steuererleichterungen auf jährlich 100 000 Mark, die Tarifvorteile bei der Reichsbahn auf jährlich 900 000 Mark ansetzen dürfen. Darüber hinaus hatte Mansfeld verlangt, monatlich 160 000 Mark für die gegenüber den geforderten 15 Prozent Lohnsenkung noch bestehende Differenz, ferner monatlich 457 000 Mark für die neuen Differenzen aus der Kupferpreisfestsetzung und dazu zunächst noch monatlich 150 000 Mark für die zurückliegenden Kosten der Stilllegung. Mit 767 000 Mark monatlich (wie gesagt, ohne Steuer- und Frachterleichterung) wahrlich eine happige Forderung. Die preussische Regierung war mit vollem Recht und mit Erfolg bemüht, diese Forderung erheblich herunterzudrücken und zugleich die staatliche Unterstützung überhaupt auf eine feste Summe und auf eine bestimmte Zeit zu begrenzen, bei der preussischen Regierung lag auch während der ganzen Zeit der Verhandlungen die Führung. So viel wir

wissen, ist Preußen auch bereit, den größten Teil des Waldbeleges der Mansfeld A.-G. käuflich für den preussischen Fiskus zu übernehmen, und zwar zu einem Betrag von etwa über 5 Millionen Mark, so daß Mansfeld in die Lage kommt, seine Schulden entsprechend abzubauen und seine jährliche Zinslast zu verringern.

Prüft man nach rein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, so kann das Ergebnis nicht befriedigen.

Es ist kaum zu erwarten, daß der Kupferbergbau in Mansfeld allein jemals wieder rentabel werden wird. Unter diesem Gesichtspunkt war auch das Reformprogramm der Mansfeld A.-G. mit dem geforderten 15prozentigen Lohnabbau ein volkswirtschaftlicher Unsinn und der Abwehrkampf der Belegschaften eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Aber die Frage konnte ja, wie sie praktisch lag, von vornherein nicht volkswirtschaftlich, sondern nur nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten, wie sie sich aus der besonderen Lage im Mansfeldgebiet ergaben, gelöst werden. Die Ueberlegung war berechtigt, daß die Stilllegung mit der Notwendigkeit der Unterstützung der Belegschaften und der Wahrscheinlichkeit des Zusammenbruchs der Gemeinden sofort ein Vielfaches dessen kosten würde, was eine vorübergehende Unterstützung der Mansfeldbetriebe erfordern würde. Man konnte an dem Hinweis nicht vorbei, daß die jetzt während der Weltwirtschaftskrise so stark sinkenden Kupferpreise nicht auf alle Dauer die Unrentabilität zur Folge haben müssen. Auf der anderen Seite durfte die Mansfeld A.-G. nicht zum Staatsrentner gemacht werden und es mußte Vorkehrung dafür getroffen werden, daß sowohl die Zuwendungen eventuell zurückgezahlt werden, wenn der Mansfeldkonzern (im ganzen, nicht der Kupferbetrieb allein) wieder rentabel ist, als auch für den Fall, daß die Kupferbetriebe eines Tages stillgelegt werden müssen. Es ist der Recht der von Reich und Preußen mit Mansfeld getroffenen Vereinbarungen, daß für den Fall nichts vorgehen werden könnte, daß die Betriebe doch eines Tages stillgelegt werden. Es wird die Aufgabe besonders der preussischen Regierung sein, mit den Ueberlegungen, was im Falle einer notwendig werden Stilllegung zu geschehen hat, sofort zu beginnen. In diesem Sinne ist das Problem Mansfeld leider heute noch nicht gelöst.

Das Problem Mansfeld ist aber heute in seiner ganzen Schwere der deutschen Öffentlichkeit zum Bewußtsein gekommen. Bevor die Löhne im vorigen Jahre erhöht wurden, lebten die Mansfeldarbeiter so elend, daß sie auch bei voller Entlohnung, zum Teil öffentlich unterstützt werden mußten. Es war unverantwortlich von der Mansfeldverwaltung, der Belegschaft eine 15prozentige Lohnsenkung zuzumuten. Es war ein soziales Verbrechen des deutschen Scharfmachertums, auf die mit dem Kupferpreisrückgang eintretende Not des Mansfeldgebietes die Hoffnung zu setzen, die 15prozentige Lohnsenkung in Mansfeld werde der Schrittmacher eines allgemeinen Angriffs auf die Arbeiterlöhne überhaupt sein. Der Abwehrkampf der Mansfeldbelegschaft war in diesem Sinne nicht nur notwendig für das Mansfeldgebiet, sondern auch für die deutsche Arbeiterschaft überhaupt. Der fast 8 Wochen dauernde Kampf war gerecht und erfolgreich; denn die deutschen Scharfmacher kamen nicht zu ihrem Ziel. Er war aber auch ein Erfolg in dem Sinne, daß der Kupferbergbau im Mansfeldgebiet allgemein als ein sozial- und staatswirtschaftliches Problem erkannt worden ist, das unter keinen Umständen auf dem Rücken der Belegschaften allein gelöst werden darf, so selbstverständlich die volle privatwirtschaftliche Verantwortung der Mansfeldaktionäre einzutreten hat.

beteiligt, aber nicht maßgeblich. Vielmehr gilt Philips, trotz dieser Verbindung zur General Electric und trotz der Zugehörigkeit zum Internationalen Glühlampenkartell, als verhältnismäßig selbständige internationale Gruppe. Philips ist auf zwei Haupterzeugnisse spezialisiert: Glühlampen und Rundfunkgeräte. Diese Einseitigkeit erklärt natürlich zum Teil den starken Geschäftsrückgang. Der Rückgang des Absatzes von Rundfunkgeräten ist eine internationale Erscheinung, unter der z. B. auch die große Radio Corporation of America stark gelitten hat. In dem Kurseinbruch bei Philips und der Verzögerung der Expansion in anderer Richtung kommt aber doch zum Ausdruck, daß Philips im wesentlichen auf sich selbst angewiesen ist und (noch) nicht als Glied einer internationalen Konzerngruppe anzusehen ist.

Ueberraschung bei Opel.

Wahrscheinlich kein Verlust, sondern beträchtliche Gewinne.

Die Bilanzfiguren von Opel sind bei näherer Betrachtung eine Ueberraschung. Gemeldet und auch ausgewiesen ist ein Verlust von 2 1/2 Millionen. Die Adam Opel A.-G.-Rüftelein hat aber auf ihrem eigentlichen Gebiet, dem der Fahrrad- und Automobilfabrikation, im Jahre 1929 wahrlich einen beträchtlichen Gewinn erzielen können; und zwar trotz der erheblichen Mittel, die für die Umstellung notwendig waren und die nicht von der amerikanischen Mutter (General Motors), sondern offenbar von Opel selbst aufgebracht wurden.

Der ausgewiesene Verlust von 2,29 Mill. entstand aus inwärtigen ausgegebenen Beteiligungen (Elite-Diamant-Werke); daneben führten auch Abschreibungen auf Modelle, die von der neuen Verwaltung nicht in das Fabrikationsprogramm aufgenommen wurden, zu einer besonderen Belastung des Gewinnkontos. Während die gesetzliche Reserve um den ausgewiesenen Verlust auf 1,69 Millionen vermindert wird, erfahren die übrigen Rückstellungen (zukünftige Abschreibungen und Verlustreserven) aber eine Vermehrung um 3,50 auf 14,75 Mill. Mark.

Im Jahre 1929 wurden 8,25 Millionen Mark in Anlagen neu investiert, ohne daß fremde Gelder nötig waren; Der Umstellungsprozeß ist auch jetzt anscheinend noch nicht beendet. Die Schulden des Unternehmens konnten 1929 um 15 Mill. auf 20 Mill. verringert werden; offenbar aus laufenden Gewinnen; denn neue Kredite sind nicht aufgenommen. Inzwischen sind die Verbindlichkeiten um weitere 6 Mill. Mark zurückgegangen, so daß der Opel-Status gegenwärtig auch sehr flüchtig ist. Nur weil beträchtliche Gewinne sofort wieder in den Betrieb gesteckt wurden, ist das Ergebnis ein Verlust.

Die technische Umstellung erfolgt offenbar ganz im Wege der Selbstfinanzierung. Nach Beendigung der Umstellung verfügt die Verwaltung über ein fast schuldenfreies Unternehmen; die laufenden Erträge sind, die jetzt noch im Betrieb belassen werden, reichen dann zur Ausschüttung einer hohen Dividende aus. Dem entsprechend sieht die Verwaltung mit Zuversicht in die Zukunft.

Vierteljahresbericht J. G. Farben.

Im Bericht der J. G. Farben-Industrie für das zweite Vierteljahr 1930 vernimmt man — wie leider schon immer — ziffermäßige Angaben über die Entwicklung der Produktion. In Farbstoffen und Färbereihilfsprodukten bewegte sich das Inlandsgeschäft etwa auf gleicher Höhe wie im ersten Vierteljahr 1930, über das die Gesellschaft der Öffentlichkeit noch keine Angaben gemacht hat. Der Farbenerport war nicht unbefriedigend. Chemikalien und Lösungsmittel wurden infolge der Lage der Abnehmerwirtschaft nur zögernd abgesetzt. Der Inlandsabsatz an Stickstoffdünger verlief der Jahreszeit entsprechend. Die Wirkungen der Wirtschaftsdpression konnten im pharmazeutischen Geschäft durch technische Fortschritte ausgeglichen werden. Die Nachfrage nach photographischen Artikeln zeigte eine leichte Belebung, die zu einer Steigerung der Produktion führte. Für Kunststoffe war die Marktlage vorübergehend günstig. Im ganzen scheint also das Vierteljahresergebnis etwa dem Durchschnitt des Vorjahres zu entsprechen.

Reichsbahn bleibt ungünstig.

Im Juni war der Güterverkehr der Reichsbahn entsprechend der Wirtschaftslage weiter ungünstig, der Personenverkehr durch Pfingsten und das gute Wetter aber besser.

Im Mai betragen die Einnahmen der Reichsbahn insgesamt 386,51 Millionen Mark, das sind 7 Millionen mehr als im April. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr allein blieben gegen Mai 1929 (285 Millionen) um 28 Millionen oder um 13 Prozent zurück. Für Anlagenerneuerung wurden im Mai 67,65 Millionen verwendet. Die Gesamtausgaben betragen 428,11 Millionen.

Der Personalbestand hat sich im Mai gegen April von 695 226 auf 703 265 Personen erhöht.

Goodhear-Reifenfabrik in Berlin?

Mister Ritchfield, Präsident der größten Gummireifenfabrik der Welt, der Goodhear Tire & Rubber Co. Akron (Ohio, U.S.A.), hält sich gegenwärtig in Deutschland auf, um wie es heißt Verhandlungen über die Errichtung einer Reifenfabrik in Berlin zum Abschluß zu führen. Die Goodhear-Gesellschaft entwickelte in letzter Zeit auf deutschem Boden eine besonders starke Propaganda. Der deutsche Reifenmarkt mit seinen hohen Kartellpreisen ist ein verlockendes Ziel für ausländische Reifenfabriken, wie die Fabrikgründungen von Englebert und Michelin gezeigt haben. Die Goodhear-Gesellschaft hat vor wenigen Jahren Zweigfabriken in England und Australien errichtet, so daß ihr Berliner Projekt nicht überaus überraschend kommt.

Profite aus Kulowechseln. Die Ford Credit Company A.G., Berlin, die im wesentlichen der Finanzierung von Automobilkäufen auf Abzahlung dient, erzielte bei 500 000 M. eingezahltem Kapital im Jahre 1929 213 752 M. Reingewinn, die zur Verteilung von 42 Proz. Dividende ausreichen würden. Während im Vorjahr 20 Proz. verteilt wurden, fehlen heuer Angaben über die Höhe der Ausschüttung.

Eingang der amerikanischen Freibabenzahlung. Wie verlautet, hat der Norddeutsche Lloyd gestern aus New York ein Kabeltelegramm erhalten, in dem ihm von Bankseite der Eingang der ersten Rate der amerikanischen Freibabenzahlung in Höhe von etwas über 30 Millionen RM. mitgeteilt wurde.

Preisfenkung bitte!

Das Diktatorkabinett soll sich die Aluminiumpreise ansehen.

Die Reichsregierung hätte — ohne Artikel 48! — zur Förderung ihrer Preisfenkungsaktion ein sehr günstiges Betätigungsfeld auf den denjenigen Gebieten, wo sie selbst auf die Produktion Einfluß ausüben kann. Dem Reich gehört der Biag-Konzern, und zum Biag-Konzern gehören die Vereinigten Aluminiumwerke (Lautawerk). Diese Gesellschaft stellt vier Fünftel des gesamten deutschen Aluminiums her.

Die Aluminiumpreise sind in Deutschland und in überhaupt in Europa seit drei Jahren fast unverändert geblieben. Aluminium ist das einzige Metall, das im Laufe der letzten ein bis zwei Jahre sich der allgemein sinkenden Tendenz der Weltmetallpreise nicht angeschlossen hat.

In den Vereinigten Staaten, wo das Marktgebiet vom Mellon-Konzern (Aluminium Company of America) fast ausschließlich beherrscht wird, wurden dieser Tage die Verkaufspreise je Pfund von 24,3 auf 23,1 Cents ermäßigt. Kurz vorher war der amerikanische Aluminiumzoll von 5 auf 4 Cents herabgesetzt worden. Beide Maßnahmen richten sich offenbar gegen die europäische Konkurrenz. An der amerikanischen Zollermäßigung war der Mellon-Konzern interessanterweise selbst stark interessiert, weil er in Kanada über große Aluminiumbetriebe verfügt, für die durch die Zollermäßigung der Absatzmarkt der Vereinigten Staaten stärker geöffnet worden ist.

Die Aluminium-Weltproduktion war bis 1929 fast ununterbrochen im Aufsteigen begriffen. Von 65 000 Tonnen im Jahre 1913 bis 200 000 Tonnen im Jahre 1926 stieg sie auf 240 000 Tonnen im Jahre 1928 und 262 000 Tonnen im Jahre 1929. In den letzten Monaten ist freilich der Absatz stark ins Stocken gekommen, und gegenwärtig sind die europäischen Großproduzenten, die bekanntlich kartellmäßig verbunden sind, bestenfalls noch zu zwei Dritteln ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Zweifellos sind die großen Aluminiumgesellschaften durchweg kapitalträchtig genug, um eine Preisfenkung, die auf den Absatz nur anregend wirken könnte, durchzuführen: Der französische Béchney-Konzern steigerte von 1928 auf 1929 seinen Reingewinn von 58 auf 63 Millionen Franken, die schweizerische Aluminiumindustrie A. G. Neuhausen von 11,2 auf 11,8 Millionen Franken, die Aluminium Co. of America von 19,3 auf 24,1 Millionen Dollar. Lediglich das Lautawerk wies für 1928 einen verringerten Ertrag aus.

Wie jetzt bekannt wird, hat das europäische Aluminiumkartell vorläufig nicht die Absicht, die Preise zu senken; offenbar hat man eine solche Senkung von deutscher Seite auch gar nicht angeregt. Ein solches Verhalten widerspricht der offiziell propagierten Preisfenkung und erschwert die Wett-

bewerbslage der Aluminium-Weiterverarbeiter; außerdem erleichtert es das Vordringen des amerikanischen Mellon-Konzerns auf wichtigen Absatzmärkten, insbesondere in Europa selbst. Der kürzlich eingeführte deutsche Aluminiumzoll, der den deutschen Markt vor dem amerikanischen Wettbewerb schützen soll, wird wirkungslos bleiben, wenn der amerikanische Konzern noch eine weitere Preisermäßigung beschließen sollte.

Warum also tut die Reichsregierung nichts, um eine Senkung der Aluminiumpreise zu veranlassen?

Philips in Schwierigkeiten.

Patentstreitigkeiten. — Drohung mit Boykott. — Arbeiterentlassungen.

Der holländische Philips-Konzern, der sich im Laufe weniger Jahre zu einem der größten elektrotechnischen Konzerne entwickelt hat, befindet sich seit einigen Monaten in einer geschäftlich und finanziell gespannten Situation. Die holländische Ausfuhr von Rundfunkgeräten (fast nur Philips) sank 1929 um etwa 10 Proz., die von Glühlampen (dies) sogar um mehr als 30 Proz. gegenüber 1928, während die Fabriken und Abgaborganismen des Konzerns sich auf stark vermehrtes Geschäft eingestellt hatten.

1930 hat sich diese ungünstige Entwicklung fortgesetzt. Das Urteil im Prozeß Telefunken-Philips-Lorenz hat eine weitgehende Absperzung der Philips'schen Erzeugnisse vom deutschen Markt zur Folge gehabt. Philips hat zunächst versucht, statt dessen auf anderen Gebieten seine Expansion fortzusetzen; Herstellung unzweckmäßiger Schallplatten, Errichtung von Produktionsfilialen in Australien und Südamerika. Offenbar ist aber inzwischen das Finanzkapital vorsichtig geworden, so daß die geplante Interessenausdehnung in Frage gestellt ist.

Philips hat nun andere Wege versucht, um den deutschen Markt wieder zu erschließen. Er hat sich in einem Rundschreiben an seine deutschen Lieferanten gewandt, worin gedroht wird, der Konzern werde keine Käufe in Deutschland, die 1929 rund 85 Millionen Mark betrogen haben sollen, künftig einstellen, wenn die Ausschließung vom deutschen Markt bestehen bleiben, d. h. wenn das erwähnte Urteil aufrechterhalten wird. Offenbar wollte Philips die deutschen Lieferanten veranlassen, einen Druck auf das Reichswirtschaftsministerium auszuüben. Inzwischen sind die Kurse der Philips-Aktien seit Ende April um mehr als 50 Proz. zurückgegangen. Noch im Jahre 1929 hatte Philips einen Reingewinn von 21,5 Millionen Gulden (1928: 18,7 Millionen Mark) ausgewiesen und 21 Proz. Dividende verteilt. Anfang Juli wurden in Eindhoven über 2000 Arbeiter entlassen und weitere Entlassungen scheinen bevorzustehen.

An Philips ist zwar die amerikanische General Electric Co.

Bergarbeiter gegen Lohnabbau.

Stärkung der Organisation. — Antwort bei den Wahlen.

Breslau, 24. Juli. (Eigenbericht.)

In der Sitzung des Bergarbeiterverbandes sprach am Donnerstag Hermann Müller, Nützenberg vom Bundesvorstand des DGB, über die Reaktion in Wirtschaft und Sozialpolitik. Müllers Ausführungen gestalteten sich zu einem scharfen Protest gegen die Lohnsenkungspläne der Industrie.

Der Kapitalismus hat stets — so führte Müller aus — die Handarbeit durch Maschinen ersetzt. Das ist nicht reaktionär, sondern revolutionär. Dieser Prozess macht erst die Bahn frei für eine sozialistische Gesellschaft. Es gibt kein Zurück, sondern nur Weiterentwicklung in der Richtung, die Karl Marx vorausgesehen hat. Diese Entwicklung bringt freilich für die Arbeiterklasse sehr schmerzliche Begleiterscheinungen. Lohnabbau, Unterdrückung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, Verschlechterung der sozialen Beschaffung und große Arbeitslosigkeit sind die reaktionären Begleitumstände. Sie wirken doppelt schmerzhaft, weil wir vom politischen Umschwung 1918 alle sehr Großes erwarteten. Aber haben wir nicht gelernt, daß es

mit der politischen Macht allein nicht getan

ist. Der Druck muß von mächtigen Wirtschaftskörpern verübt werden. Wärscher Umsturz würde unser vielfältiges Wirtschaftssystem nur zerstören. Wir wollen eine stete Fortentwicklung unter Beeinflussung der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse und den Ausbau des Mitbestimmungsrechts, die wir Wirtschaftsdemokratie nennen.

Daraus macht man uns den Vorwurf, staatszerstörend zu sein. Das sind wir auch, aber es kommt uns auf die Schaffung des sozialen Inhalts im Staate an. Die gesteigerte Rationalisierung hat uns eine Ueberproduktion gebracht, die nicht aus dem Widerspruch zwischen Bedarf und Erzeugung, sondern aus dem zwischen Kaufkraft und Erzeugung ihre dauernde Verschärfung erfährt. Die große Frage, um die gestritten wird, ist die der Löhne und Preise. Die Unternehmer streben zur Entlastung der Selbstkosten den Lohnabbau an, obwohl

der Lohnanteil an den Produktionskosten immer geringer

wird. Dieser Weg ist falsch.

Leider ist die Staatsregierung, wie der Schiedspruch von Dornhausen beweist, auf dem gleichen Wege. Aber Unternehmer und Regierung irren, wenn sie glauben, daß die Gewerkschaften diesen Bestrebungen ruhig zusehen werden. Die Sozialabbaupläne der Regierung Brüning sind zum Teil durch die Auflösung des Reichstages verhindert worden. Auf Antrag eines deutschen nationalen Zehndirektors hat man im sozialpolitischen Ausschuß auch die Knappschafft zu verschlechtern getrachtet. Man hat sich nur angelehnt des Neuroder Unglücks vor der Durchföhrung gekannt. (Stürmische Entrüstung.)

Wir müssen diesen Abbauplänen gegenüber festhalten an unserer alten Forderung: Vereinigung der Versicherung, Ausbau der Selbstverwaltung, weitestgehende Mitwirkung der Versicherten auch an der Unfallversicherung.

Die kommenden Wahlen

werden Gelegenheit geben, den Willen der Arbeiterklasse zum Ausdruck zu bringen. Wir haben so viel Staatsgewalt, wie wir uns im Wahlkampf erobern. Sie allein tut es aber nicht. Starke wirt-

schaftliche und politische Organisation der Arbeiter sind die Voraussetzungen des Fortschritts. (Ausbauernde lebhaft Zustimmung.)

Als Ergebnis der Ausführungen Müllers finden ohne Debatte drei Entschlüsse einstimmig Annahme. Die eine bringt den lebhaften Protest des Bergarbeiterverbandes gegen die von Regierung und Unternehmern geplanten reaktionären Anschläge auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet. Sie verlangen Hebung des Reallohnes durch Abbau der Preise, wendet sich gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und gegen jede Gefahrengemeinschaft der verschiedenen Träger der Sozialversicherung untereinander und fordert Erfüllung des Versprechens aus dem Artikel 161 der Reichsverfassung, der eine

maßgebende Mitwirkung der Versicherten

in der gesamten Sozialversicherung zugesagt. Die zweite Entschlüsse verlangt Einbeziehung der ausgesteuerten Bergarbeiter in die Krisenunterstützung ohne besondere Beschlußfassung der Landesarbeitsämter. Die dritte wendet sich mit scharfem Protest gegen die verantwortungslose Wirtschaftsföhrung und fordert von der Reichs- und Staatsregierung geeignete Maßnahmen in der Richtung der Sicherstellung von Arbeitsmöglichkeiten in verschiedenen Bergbauarten.

Der Bericht über das Untersuchungsergebnis der Hausdorfer Katastrophe wird von Schudy-Bodum erstattet. Er betont, man müsse den ganzen Fall sehr vorsichtig beurteilen. Man könne im Falle Hausdorf von Schuld kaum sprechen. Oberbergat Weber erklärte, wenn man eine Stilllegung nicht ins Auge fassen könne, dann müßten in Zukunft möglichst wenig Leute an den gefährlichen Stellen beschäftigt werden.

In seinem Schlußwort würdigte Husemann die

geschlossene Haltung und sachliche Arbeit des Verbandstages.

Zum ersten Male in den 27 Jahren seiner Vorstandszugehörigkeit sei einstimmig die Wiederwahl des gesamten Vorstandes erfolgt. An Hand eines Schriftwechsels der reaktionären Gewerkschaftsopposition mit dem Zehndverband Essen zeigt Husemann, wie die Opposition sich genau derselben Verhandlungstaktik bediene: wie die Gewerkschaften und knüpft daran die Frage: Warum dann noch Zerstückelung und Kampf gegen uns?

Alle Absichten, die Arbeiter zu belästigen und sie in noch tieferes Elend zu stoßen, finden schärfsten Widerstand des Verbandes. Ein Wille nur befehlt uns:

Einheit und Geschlossenheit in dem bevorstehenden Wahlkampf!

Nur wenn wir in demokratischer Groß- und Weithergigkeit alle persönlichen Wünsche zurückstellen, werden wir stark sein.

Unser Ruf ergeht an alle Bergarbeiter: Schließt euch zusammen in unserem Verband! Wahrheit und Klarheit werden uns vorwärts bringen. „Nichts wird erringt durch Weh und durch Ach, merkt es ihr Knappen und handelt danach!“ Im Glauben an die gute Sache des Proletariats werden wir siegen.

Mit einem dreifachen Hoch auf die freie Arbeiterbewegung, das begeistert aufgenommen wurde, ging die eindrucksvolle Tagung zu Ende. Den Erwecker der Arbeiterklasse, Ferdinand Lassalle, ehrte der Verband durch Niederlegung eines Kranzes an seiner Grabstätte.

Ulrich zeigte die Wege auf, die nunmehr noch zu gehen übrig bleiben. Wenn die Funktionäre der Auffassung sind, daß sich die Belegstellen trotz der schweren Krise für den Kampf um die Verbesserung des Tarifvertrages entscheiden, und sie diesen Kampf für aussichtsreich halten, dann wird die Organisation ihn in jeder Hinsicht unterstützen. Es stehen ihr dafür genügend Mittel zur Verfügung.

Sollten es die Funktionäre aber für ratsam, die Schlichtungsinstanzen anzurufen, deren Entscheidungen der letzten Zeit nicht gerade besonders vertrauenswürdig sind, dann wird die Organisation auch dieses Mittel zur Erreichung des gesteckten Ziels nicht unversucht lassen. Beschließen die Funktionäre jedoch, der Verlängerung des Manteltarifvertrages zuzustimmen, dann bleibt es der „revolutionären Opposition“ natürlich unbenommen, ihre Anhänger zu mobilisieren für den Kampf um einen Tarifvertrag, der besser sein soll als der von den Gewerkschaften abgeschlossene.

Hinsichtlich der gleichfalls zur Debatte stehenden Frage der Kündigung des Lohnabkommens zum 30. September erklärte Genosse Ulrich, daß das Metallkartell nach reichlicher Ueberlegung beschlossen habe, den Funktionären zu empfehlen, von der Kündigung Abstand zu nehmen, da gegenwärtig keine Aussichten für eine Verbesserung des Lohnniveaus beständen.

An der Diskussion war hauptsächlich die Frage umstritten, ob neben der Verlängerung des Manteltarifvertrages auch die Zustimmung zur Richttündigung des Lohnabkommens gegeben werden soll. Die Vertreter der Transportarbeiter waren der Auffassung, daß man trotz der Krise versuchen müsse, die unzureichenden Tariflöhne in der Berliner Metallindustrie aufzubessern.

Gerade die völlig unzureichenden Löhne der Transportarbeiter von 84 Pf. pro Stunde waren, rein gefühlsmäßig betrachtet, ein durchschlagendes Argument für die Kündigung des Lohnabkommens. Demgegenüber wurde aber von den meisten Funktionären die verstandesmäßige Ueberlegung angestellt, daß es kaum gelingen dürfte, im gegenwärtigen Augenblick durch eine Tarifkündigung diese miserable Bezahlung zu beseitigen.

Die „Opposition“, der das Wort „Streik“ ein belangloser Bestandteil ihres täglichen Sprachgebrauchs ist, fand in der Versammlung keinen Resonanzboden. Ihr papierner Kampfaufzug erweckte nur ein müdebedächtiges Lächeln.

Mit überwältigender Mehrheit beschloß die gut besuchte Funktionärskonferenz, den Manteltarif um ein halbes Jahr zu verlängern und von der Kündigung des Lohnabkommens Abstand zu nehmen, so daß beide Tarife um ein halbes Jahr weiterlaufen.

Berschärfung im Rohrlegertonslitt.

Heute wird nochmals verhandelt.

Da die Tarifverhandlungen im Rohrlegergewerbe noch immer nicht abgeschlossen sind, trat gestern abend im großen Saal des Gewerkschaftshauses erneut eine Branchenversammlung der im DVB organisierten Rohrleger und Heiser zusammen. Genosse Paul Eckert gab vor der überfüllten Versammlung den Bericht. In langwierigen Verhandlungen konnten trotz der Ungunst der Wirtschaftsverhältnisse auch im Rohrlegergewerbe nicht nur alle Verschle-

tzungsanträge der Unternehmer abgewehrt, es konnten vielmehr in der Urlaubsfrage noch Verbesserungen erzielt werden. Bezüglich der Fahrgehalt- und Laufzeitentschädigung verweisen sich die Unternehmer hartnäckig auf eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse.

Bisher wurde von der Zollringgrenze ab eine nach Kilometer gestaffelte Entschädigung gezahlt. Nach den Vorschlägen der Unternehmer soll jetzt der einzelne Betrieb als Ausgangspunkt gelten. Von hier ab gerechnet soll bis zu 7 Kilometer kein Fahrgehalt bezahlt werden, von 7 bis 10 Kilometer Fahrgehalt und über die 10-Kilometergrenze hinaus soll Fahrgehalt und Laufzeitentschädigung gezahlt werden. Dies würde für die Rohrleger und auch für die Bauflempner gegen die bestehenden Verhältnisse eine fühlbare Verschlechterung bedeuten.

Am Saule der Verhandlungen machten die Beauftragten der Rohrleger noch einen Kompromißvorschlag, den aber eine Generalversammlung der Unternehmer am Dienstag brüsk ablehnte.

In der sich an den Bericht anschließenden ausgedehnten Diskussion kam die Erregung der Arbeiter über die Zumutungen der Unternehmer in scharfen Worten zum Ausdruck. Schließlich wurden alle Anträge der Arbeiter abgelehnt und die Verhandlungskommission der Rohrleger beauftragt, heute nochmals mit den Unternehmern über eine tragbare Vereinbarung zu verhandeln.

Lohndruck vor den Toren Berlins.

Wie aus dem Müll Profite gemacht werden.

In Markau-Marlee bei Rauen betreibt der Rittergutsbesitzer Herr Dr. Schurig eine „Müllerei“, die — wie kürzlich bekanntgegeben wurde — „Müllerei“ besitzt. Wie diese Müllerei aussieht, soweit die Arbeiter in Betracht kommen, zeigt folgende Darlegung:

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Landarbeiter und -arbeiterinnen sind nach dem Tarifvertrag für Landarbeiter in den Kreisen Ost- und Westpreußen geregelt. Danach beträgt der Stundenlohn für verheiratete Arbeitnehmer, soweit sie Deputanten sind, bei Umrechnung des Deputats 48,05 Pf. Der Freiarbeiter erhält 32 Pf. pro Stunde.

Der Stundenlohn für Unverheiratete ohne Raft und Logis und nicht einem Hauswesen vorstehend, im Alter von 14 bis 22 Jahren, beträgt 11 bis 31,5 Pf. Für Arbeiterinnen ohne Raft und Logis im Alter von 14 bis 18 Jahren beträgt der Stundenlohn 9 bis 16,5 Pf., über 18 Jahre 17,5 Pf. Muß die Deputantenfrau mitarbeiten, was in der Landwirtschaft wohl immer der Fall ist, so erhält diese einen Barstundenlohn von 21 Pf.

Doch dem Herrn Rittergutsbesitzer Dr. Schurig diese Löhne noch zu hoch erscheinen, geht wohl daraus hervor, daß jedes Jahr ein großes Kontingent Polen und Tschechen nach dem Müllergut eingeföhrt wird, die sich oft als Belastung für die umliegenden Gemeinden bemerkbar machen insofern, als deutsche Arbeitnehmer der Fürsorge anheimfallen, während die Ausländer sich in Arbeit befinden.

Die einzelnen Gemeinden haben dem Landrat ihre Beschwerden vorgetragen und um Abhilfe gebeten. Herr Dr. Schurig ist auch Abnehmer des Berliner Mülls, das er teilweise als Düngemittel und teilweise als Zuschüttungsmaterial verwendet. Nun hat sich Herr Dr. Schurig erboten, etwa 50 Proz. des Berliner Mülls abzunehmen in der Erkenntnis, daß in dem Müll große Werte vorhanden sind. Herr Dr. Schurig erhält den Müll frei Reichsbahn umsonst und bekommt außerdem noch eine Vergütung, die ungefähr 20 Mk. pro 20-Tonnen-Wagen beträgt. Die im Müll befindlichen Produkte: Glas, Flaschen, Eisen, Kupfer, Messing, Blei, Knochen, Lumpen usw., werfen im Monat noch eine nette Einnahme ab.

Für das Ausladen des Mülls zahlt Herr Dr. Schurig an seine Arbeiter 3,60 Mk. pro 20-Tonnen-Wagen. Rechnet man Deputat nebst Wohnung hinzu, so erhält dieser Auslandsarbeiter rund 6,75 Mk. pro Tag bzw. pro 20-Tonnen-Wagen. Die Arbeiter der in aller nächster Nähe belegenen Abblodepläne anderer Unternehmer erhalten für fast dieselbe Arbeit pro 20-Tonnen-Wagen 19,50 Mk. Auch diese Löhne sind tariflich festgelegt.

Dr. Schurig hat nun der Berliner Müllabfuhr L. G. ein Angebot gemacht, durch das die anderen Unternehmer vollkommen läßt gestellt werden sollen, es sei denn, daß die von diesen gezahlten Löhne gesenkt werden. Letzteres ist bereits geschehen insofern, als die Löhne bei der Abblodefirma L. Borckenhagen um 4 Mk. pro 20-Tonnen-Wagen gekürzt worden sind.

So sieht das weltberühmte Rittergut des Herrn Dr. Schurig aus. Daß Herr Dr. Schurig nicht allzu arbeiterfreundlich ist, ist auch weltbekannt bzw. weltberühmt; denn anstatt den Hunderttausenden von Erwerbslosen das vorhandene Material für wenige Pfennige zur Verfügung zu stellen, werden Tausende von Jenkern Gemüse einfach als Düngemittel untergepflügt, und dabei schießt man nach den Unternehmungen der organisierten Arbeiterklasse als Abschleppgebiet. Soll wirklich der Landwirtschaftsbetrieb als „müllergütlich“ angesprochen werden, dann etwas mehr Verständnis für die Arbeiterklasse!

Der zweite ordentliche Verbandstag des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, der zum 7. September und folgende Tage nach Hamburg einberufen wurde, ist durch Beschluß des Verbandsvorstandes bis zum 21. September verschoben worden. Maßgebend für diesen Beschluß war die Auflösung des Reichstages und die Reichstagsneuwahl am 14. September.

Der Verbandsvorstand des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter hat durch die Verlegung des Verbandstages zu erkennen gegeben, daß zu der bevorstehenden Wahl alle Kräfte der Arbeiterklasse eingezogen werden müssen, damit durch einen Wahlerfolg die Anschläge der reaktionären Regierung auf die Sozialversicherung, auf die Löhne und Gehälter und nicht zuletzt auf den Geldbeutel der Arbeiterklasse zurückgekehrt werden.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Jeden Freitag abend der Offizier im Klub des Ringensberg. — Der Redaktionsrat leben Freitag am „Neuen Ser“, — Deute, Freitag, 19½ Uhr, sagen folgende Gruppen: Redaktions: Jugendheim, Schützengilde, 11. Ede. Schützengilde, Fortschritt: „Woburn kann der Wanders mit dem Orkel in Konflikt geraten“, — Geden, Schützengilde: Gruppenheim Wollentort, 9. v. v. Vortrag: „Die Berliner Kultur“, — Charlottenburg: Jugendheim Specker, 30. Vortrag: „Die Rüstung der Jugend“, — Juppelplatz: Jugendheim Luriner Ede. Gesellschaft (Eingangs Luriner Straße), Wundt Abend, — Wedding: Gruppenheim Luriner Ede. Gesellschaft, Sülziger Abend, — Schönhauser See: Gruppenheim, Freitag, 18. Sülziger Abend, — Schützengilde: Deute, um 19½ Uhr, Probe im Saal 11 des Arbeiterveteranenvereines, Gewerkschaftshaus, Angelstr. 24-25.

Zeugdarüber des Zentralverbandes der Anaeffellen

Deute, Freitag, sind folgende Veranstaltungen: Abend: Jugendheim Wollentort, 15. (Geden) am „Neuen Ser“, — Sülziger Abend, — Ein Lurinerhinter Abend, — Referent: Friedrich Hoff, — Sülziger Abend, — Freitag, 11. (H. Hof, Zeugdarüber 1. Zeug, Freitag, 3. Sülziger Abend, — Der Sonntag in der Wollentort, — Sülziger Abend, — Freitag, 19. Uhr auf der Luriner Ede. Gesellschaft, — Freitag, 19. Uhr, Probe im Saal 11 des Arbeiterveteranenvereines, Gewerkschaftshaus, Angelstr. 24-25.

Entlassungen im Bergbau.

Die „Wirtschaftsföhrer“ zeigen immer mehr ihre Kunst.

Bodum, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Der Ruhrbergbau, der nach einer Aufstellung des Landesarbeitsamtes Dortmund rund 36 000 arbeitssuchende Bergarbeiter anzuweisen hat und dessen Feiertagslöhne von 29 000 arbeitstäglich im Juni auf 42 000 arbeitstäglich in der zweiten Juliwöche angewachsen sind, steht vor neuen großen Entlassungen.

Die Geisenkirchener Bergwerks-A. G. hat Antrag auf Entlassung von 1200 Arbeitern gestellt, und zwar für die Zeche Pluto 175, Nordstern 105, Holland 220, Bonifatius 200, Zollverein 350 und Graf Motzke 150.

Die Harpener Bergbau-A. G. entläßt auf der Zeche Gneisenau 120 und auf der Schachtanlage Robert Müller 150 Mann. Die Gewerkschaft Heinrich legt die Zeche Adler still und entläßt 325 Mann der Belegschaft. Der Rest wird auf Zeche Heinrich übernommen.

Dazu kommen die Entlassungen von 600 Mann bei den Vereinigten Stahlwerken durch die Stilllegung des Karl-Friedrich-Erb-Stollens im Bodumer Bezirk, so daß insgesamt rund 2400 Bergarbeiter aufs Pflaster geworfen werden.

Noch 700 dazu.

Köln, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Im Siegerländer Erzbergbau sind erneut 700 Bergleute gekündigt oder bereits entlassen worden, davon auf der Kruppischen Grube Bindeweide allein 300 Mann.

Sind diese Entlassungen wirklich unvermeidlich oder bedeuten sie die Einstellung eines Druckes auf die Bergarbeiter, um ihre Löhne zu kürzen? Darüber muß Klarheit geschaffen werden!

Klage Taktik der Metallarbeiter.

Manteltarif und Lohnabkommen verlängert.

Mit dem ergebnislosen Verlauf der Manteltarifverhandlungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Betriebe des Verbandes Berliner Metallindustrieller beschäftigten sich gestern abend im Saalbau Friedrichshain die Funktionäre der Organisationen, die im Metallkartell zusammengeschlossen sind. Genosse Ulrich, der Vorsitzende des Metallkartells, schilderte noch einmal die einzelnen Phasen der Verhandlung, über die im „Vorwärts“ vom 19. Juli bereits eingehend berichtet wurde.

Die Metallindustriellen hatten bekanntlich alle Forderungen abgelehnt, von denen die wichtigsten waren: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 42 Stunden, Verbesserung der Urlaubsbestimmungen, Erhöhung des Ueberstundenzuschlages von 15 auf 25 Proz., tarifliche Regelung der Lehrlingsausbildung und -bezahlung, Regelung der Entlohnung und Pausen für die im stehenden Arbeitsprozeß beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen usw.

Das einzige Angebot der Metallindustriellen war, den Tarifvertrag um ein halbes oder ein ganzes Jahr zu verlängern. Genosse

Beethovens „Appassionata“

Die Geschichte des Notars von Douai

In den letzten Tagen hörte ich noch 13 langen Jahren wieder Ludwig van Beethovens gottliche Appassionata. Sie löste in mir die Erinnerung an ein fieses Erlebnis im Weltkrieg aus. Ich hatte die Geschichte des Notars von Douai damals gleich niedergeschrieben; aber die Niederschrift hatte ich im Laumel der Ereignisse verlegt. Ein merkwürdiger Umstand spielt sie mir an dem Tage wieder in die Hände, an dem ich die Appassionata wieder hörte. Ich schrieb in der Gluthe der letzten Juli-Tage des Jahres 1917 unter dem Geleise eines Großkampftages vor Arras in Douai dies nieder:

Ueber der Stadt liegen englische Flieger. Sie werfen menschenmörderische Bomben erbarmungslos auf Freund und Feind. Von Arras droht unaufrichtiger dumpfer Donner schwerer Geschütze. Dabei läuten wohl Kirchenglocken feierlich den Sonntag ein. — Über hier ruht der Kampf nicht. Was heißt Sonntag? Der Kriegskalender hat ihn längst gestrichen, das Kriegshandwerk ist unheilig. Es gewährt keine Pause. Immer tödtet man. Jetzt schon seit Jahren, ohne Unterlaß! Es gibt keine Ruhe. Immer darfst du kämpfen und sterben. — Man kann die Toten dieses Krieges kaum noch zählen. Und immer größer wird ihre Zahl. Stündlich, in jeder Minute! — Jetzt schreien tollkühne Flieger verwegend auf marschierende Truppen. In den Straßen von Douai, auf dem Wege nach Arras. Kanonendonner erschüttert die Luft. Unter dem Hagel feindlicher Geschosse soll in Douai ein Konzert sein. Ein Sonntags-Konzert für ruhende Krieger. Zur Erbauung. Musica inter armes! — — —

Hoi! de villo! Ein alter Kathausaal mit ehrwürdigem Schmauß. Festsaal für feierliche Begebenheiten in friedlichen Zeiten. Warum nicht auch würdige Stätte für klüchtige Erbauung im Kriege? . . .

Ein Konzert für soldatische Kämpfer. Die Reihen sind dicht besetzt. Geßtern noch lagen sie im Graben vor Arras. Beim Trommelfeuer, das Hören und Sehen vergessen löst. Haben sie noch Sinn für Musik? — — Man muß etwas tun für abgekämpfte Frontkrieger. Warum nicht auch ein Konzert? — Fast teilnahmslos hört man zu. Was ist schon dabei? Warum nicht auch die Melodie von Wagners und frühem Tod? Das ist doch die Lösung! Wer lebt übermorgen noch? — — —

Auf dem Podium steht ein Flügel. Aus dem Kreis der Feldgrauen löst sich ein Mann. Ein Geßter, klein, fast unscheinbar, mit scharfen Zügen. Ein feiner Kopf. — Einer der Herren mit formelhaften Bienen bietet Ruhe, durch befehlende Geßte. Auf dem Programm steht:

II. Teil.

7. Appassionata Ludwig van Beethoven.

Der Geßter greift in die Tasten. Es herrscht Todesstille. Die Kunst des großen Meisters reißt alle mit, nimmt alle gefangen. Und erfüllt den Saal mit wuchtigen Akkorden. Kanonendonner bringt nicht mehr hierher. — Krieg vergessen, Welt entrückt; alles in Einheit verbunden durch die göttliche Macht der Musik; durch die Allgewalt des schöpferischen Wertes, gespielt von einem Namenlosen.

Die letzten Töne grenzenlos leidenschaftlicher Musik verklingen. Noch steht alles in ihrem Bann. . . . Wieder lauten Bomben nieder, die nichts von dem Meister wissen, aber tölen können, nicht die unsterbliche Musik, aber Menschen. Auf der „Grande Place“ schlagen Bomben wuchtig ein; ehe noch die Appassionata in uns verklingen ist. — —

M. Sigler, Notaire.

So steht auf dem Schild an dem Hause, das mir Wohnung gewährt. Der Notar ist zu seinen Vätern verlammt. Eine junge Frau bewahrt den Besitz. Ihr Mann, früher Gärtner in dem Hause, kämpft auf der anderen Seite. Die Mutter betreut drei Kinder, ein kleines Mädchen mit blonden Zöpfen und zwei pausbäckige Buben. Sie wollte nicht durch die Schweiz nach Südfrankreich; sie will hier aushalten. Solange es geht. Das hat sie dem Notar versprochen. Versprechen soll man halten. Und eines Tages kommen die Franzosen doch wieder. Das ist ihr unerschütterlicher Glaube. — In den Nächten kommen immer Flieger. Dann sucht man zu-

flucht in Kellern. Oft dauert es bis zum frühen Morgen. Man hat sich auch daran gewöhnt. Selbst die Kinder weinen nicht mehr. „Kriegsteilnehmer“ im Kindesalter nach göttlicher Vorführung. Das kleine Mädchen schläft in den Armen der Mutter. Die Jungen sitzen oft auf meinem Schoß und warten geduldig, bis die ersten Sonnenstrahlen die nächtlichen Flieger für Stunden verschweigen. Dort hat mir die junge Französin die Geschichte des Notars erzählt:

Er war ein Freund der Deutschen, ein Gegner der Kriege. Ein heinimiger Gelehrter, ein Künstler vielleicht. Jeder Gewalt abhold. Vorkämpfer ewiger Menschenerlöschung. In Deutschland hatte er studiert; las deutsche Bücher; liebte deutsche Musik mit Leidenschaft; und spielte nächstelang auf einem deutschen Flügel. Regelmäßig besuchte er Deutschland. — — — Dann brach der Weltkrieg aus. Feindliche Armeen ergossen sich über Nordfrankreich. Douai wurde besetzt. Der Notar flüchtete nicht. Man behandelte den Deutschsprechenden nicht schlecht. Die Besatzung drückte ihn kaum. Aber er war still geworden. Er sprach kaum, ganz selten nur spielte er noch. — Und dann wurde das Musikzimmer verpfändet. Der Notar spielte nicht mehr auf seinem Flügel. Er zweifelte an den Menschen, die sich immer noch, fast vor seinen Augen, sinnlos morden. Das erste Kriegsjahr ging zur Reize. Aber noch kein Ende des entsetzlichen Menschenmordens. Immer noch Krieg. Blut floß stündlich, wie Wasser in reichenden Strömen, unaufhörlich. Immer mehr Tote, Verstümmelte, mehr Verwundete. Die Klagen schuldloser Witwen und Waisen schrien zum Himmel! Aber keine Hoffnung auf Frieden. Und immer noch das Leben unter feindlichen Soldaten. Der Notar war ganz still geworden. Er war krank, sehr krank. Er litt an den Menschen! Er verzweifelte an der Menschheit, die, von Wahnsinn getrieben, alle Güter der Kultur situal zerstückelt. . . .

Eines Tages, im Frühjahr des zweiten Kriegsjahres, begehrte er Säuberung des Musikzimmers. Er will wieder spielen, aber erst am Abend. Das Zimmer wird hergerichtet. Die Mutter ist längst bei ihren Kindern. An der Front herrscht Ruhe. Auf dem Pfaster draußen dröhnen dumpfe Schritte patrouillierender Wachen. In dem Erdgeschloß seines Hauses spielt der Notar. Der Klang seines Klaviers bringt in herrlichen Sätzen durch die stille Nacht. Er spielt deutsche Musik. Und die Wachen lassen es geschehen. Wer spielt in Douai schon deutsche Musik? . . .

„Am nächsten Tag kam der Notar nicht.“ sagt die Französin mit zitternder Stimme, und dann tränenerfüllt: „Il s'était tué, monsieur!“ — Man fand den Notar in seinem Bett, blutüberströmt, tot, seiner Hand war das Klaviermesser entfallen.

Das Musikzimmer war verpfändet. Niemand hatte es seitdem betreten. Auch kein Soldat. Es war verpfändet geblieben, in den ganzen Jahren, aus Pietät. . . .

Mit mir war ein junger Feldbuchhändler im Festaal, mit ihm hörte ich die Appassionata. Mein Kamerad spielte sie auch. Er wollte schon immer auf dem Flügel des Notars spielen. Seine Geschichte kannte er nicht. Seit dem Freitag waren nun schon Jahre vergangen. — In diesem Sonntag bedrängte mich mein Freund wieder. Einmal wollte er spielen. Die Frau würde den Schlüssel wohl geben. — Und sie gab ihn. — Wir öffneten die große Flügel für das Musikzimmer. In stiller Ehrfurcht traten wir ein. Staub und Siedluft schlug uns entgegen. Die junge Französin zündet Licht. Alles ist unberührt. In der Ecke des Zimmers steht der deutsche Flügel, mit aufgeschlagenen Noten. Wir lesen. . . .

Appassionata

von Ludwig van Beethoven.

Am nächsten Mittag traf ich meinen Kameraden, (Dr. Br. aus München.) Er bewohnte das Zimmer des Notars, benutzte sein Bett. Mein Freund war ganz verstört. „Denken Sie,“ so sagte er, immer noch befüllt, „ich habe geträumt, in meinem Bett hätte sich ein Mensch getötet.“ . . . Am Abend habe ich ihm die Geschichte des Notars von Douai erzählt.

3. Seite: Auf der Löwenfarm

Eine der ungewöhnlichsten Züchtereien besteht in der Umgegend von Los Angeles. Näher man sich im Kraftwagen auf der Landstraße, so taucht die Farm ganz urplötzlich auf. Man könnte sich fünftausend Meilen entfernt im afrikanischen Dschungel glauben. Das niedrige Gebäude von ansehnlicher Ausdehnung ist mit Palmen und Gras gedeckt wie eine Urwaldhütte. Der Zaun wird durch eine Hecke von Palmenbäumen verdeckt. Ein großes Schild verrät alles: „Gags Löwenfarm.“

Charles Gay baute diese ungewöhnliche Züchtereien auf. Er hält zur Zeit gegen 150 Löwen in jedem Alter. Ein alter, intelligenter Königslöwe ist ein berühmter Filmschauspieler und brachte seinem Besitzer in den letzten fünf Jahren 50 000 Dollar ein. Die Haupteinnahmequelle bilden jedoch die 30 000 Dollar, die jährlich von Besuchern der Farm als Eintrittsgeld gezahlt werden. Wie es in Amerika öfter vorkommt, wurde das ganze Geschäft durch einen bloßen Zufall ins Leben gerufen.

Vor acht Jahren brauchte eine große Filmgesellschaft einige Tiere für ein großes Wandbild. Man ließ aus England drei Löwen kommen mit Gay und seiner Frau als Wärterin. Nachdem der Film fertiggestellt, hatte die Gesellschaft keine weitere Verwendung für die Löwen, und verkaufte sie daher für einen Bruchteil des Wertes an Gay. Dieser entschloß sich, in den Vereinigten Staaten zu bleiben, anstatt nach England zurückzuziehen. Er brachte die Löwen im Hofe unter und begab sich auf die Suche nach Arbeit. Da kam ein großes Ereignis: Roffe, eine der Löwinnen, besuchte ihrem glücklichen Besitzer drei Jungel! Die ganze Nachbarschaft kam, um die drolligen Tiere zu sehen, und bald folgte die ganze Stadt.

Das brachte Gay auf eine große Idee: warum aus der Stadt fortziehen? Eine Löwenfarm hat ihre Reize, und Neugierige zahlen trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten Eintrittsgeld. Dieser Gedanke hat sich im Laufe der Zeit zu einem Geschäft entwickelt, das eine Viertelmillion Dollar wert ist. Gay kaufte eine Farm und legte einen künstlichen Urwald an. Da einige der benachbarten Farmer den Löwen nicht recht trauten, baute Gay einen Zaun, dessen Wände Telegraphenposten gleichen. Er benutzte extra starke Stahlmischendrahht, um die Löwenherdschaften und ihre Sprößlinge davon abzuhalten. Streifzüge in die Hühnerhäuser der Umgegend zu unternehmen. Dann wurde der ganze „Dschungel“ in einzelne Abteilungen abgeteilt, so daß sich die Löwen bequem hierhin und dorthin dirigieren ließen. Als die Reueigkeit der Löwenfarm rühbar wurde, schüttelten alle Zoo- und Zirkusleute den Kopf. „Das ist ja nicht möglich!“ erklärten sie. „Löwen vermehren sich nicht in Gefangenschaft, und taten sie es, würde es noch immer unmöglich sein, die Jungen aufzuziehen.“ Roffe, die im vorigen Jahre starb,

bewies jedoch, daß dies nicht der Fall war. Sie hatte 48 Junge zur Welt gebracht und bemuttert.

Die Löwenfarm ist täglich zur Besichtigung offen, mit Ausnahme des Montags, der als Ruhetag gilt. An diesem Tage ist alles ruhig. Die Löwen erhalten kein Futter. An den übrigen Wochentagen aber bietet sich ein fesselndes Bild. Die Besucher werden von einem Zwinger zum anderen geleitet, und in jedem führen die Löwen ihre Kunststücke aus.

Jeder Tag beginnt mit der Fütterung der Raubtiere. Die kleinen Jungen erhalten ihre Milch auf die von der Natur vorgesehene Weise. Zuweilen weigert sich eine Löwenmutter, ihre eigenen Babys zu säugen, so daß die Frau Gay sie mit der Flasche großziehen muß. Nach und nach werden dann die Jungen an Fleischkost gewöhnt. Die Tiere erhalten ihre Nahrung einzeln in einem Zwinger und verzehren täglich etwa 1300 Pfund Fleisch. Wird ihnen das Fleisch in den Zwinger geworfen, so schleichen sich die Löwen heran, bis sie schließlich mit lautem Brüllen jäh darauf zustoßen, als erlegten sie ihre Beute im Urwald.

Nach der Fütterung werden in den verschiedenen Zwingern einige Künste verübt. Zuweilen ist ein Tier allein, zuweilen arbeiten mehrere zusammen. In einer Gruppe männlicher Löwen hört jeder auf seinen Namen und führt einen Trick aus. Pluto, der Löwenmonarch dieses Reiches und einer der ersten Abkömmlinge Roffes, wäscht seinem Herrn den Kopf, indem er ihn kräftig leckt. Dazu gehört, daß Pluto alle Augenblicke die Zähne leckt und ein wildes Gebrüll ausstößt. Die männlichen Zuschauer sind sich jedoch darüber einig, daß es besser ist, wenn sich der Pfleger an den mehr oder weniger rollierten Stellen abmüht.

Die Sterne der Vorstellung sind die Jungen. Sie haben das Gedächtnis kleiner Katzen und es scheint sie zu vergnügen, der Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu sein. Knaben und Mädchen wie auch Erwachsene liebsten die jungen Löwen gern.

„Es war nicht immer Spielwerk ohne Arbeit, die Löwenfarm in Betrieb zu setzen,“ erklärte Gay. „Wir hatten keinerlei Anhaltspunkte. Zieht man Hühner auf oder besetzt sich mit Apfelzucht, so kann man allerlei nützliche Auskünfte einholen. Für Löwenzucht gibt es jedoch keine Handbücher. Wir mußten uns auf unserem Wege selbst vorantasten und Versuche anstellen. Ständen wir vor einer neuen Aufgabe, so mußten wir sie selbst lösen. Manche unserer Besucher scheinen anzunehmen, die Löwenzucht sei ein bloßes Vergnügen. Es ist jedoch harte Arbeit und erfordert in tausend Dingen scharfe Aufmerksamkeit. In einigen Kunststücken legen die ausgewachsenen Löwen ihre Pfoten auf meine Schultern. Sie haben jedoch einiges Gewicht, denn etliche wiegen bereits fünfhundert Pfund.“

Auf die Frage, ob Löwen wirklich zahm sind oder ob jederzeit Vorsicht geboten ist, antwortete Gay:

„Dawohl, Löwen sind ebenso temperamentvoll wie Hunde — oder Künstler. Jeder Löwe ist ein Problem für sich. Sie mögen um mehr oder weniger lebhaft leiden oder nicht leiden. Bei den Kunststücken sind wir mit einigen Bestien recht vertraulich, bei anderen jedoch sehr auf der Hut. In einige Zwinger wagen wir uns überhaupt nicht hinein. Wir würden unser Leben buchstäblich aufs Spiel setzen.“

Krankheiten sind eine Bedrohung der Farm. Tierärzte wissen nichts über Löwen — warum sollten sie es auch? Wurde also ein Löwe krank, so kurtierte Gay ihn, so gut er es vermochte. Schließlich ließ es sich heraus, daß Ueberfütterung die größte Gefahr bildete. „Ein hungeriger Löwe ist gesund“, meinte Gay. Jetzt wird auf Menge und Güte des Futters scharf geachtet.

Die Zahl der Tiere nimmt jährlich zu. Obgleich bisher nur wenige verkauft wurden, ist es doch die Absicht des Besitzers, es soweit zu bringen, um endlich einmal zoologische Gärten, Parks und Zirkusse zu beliefern. Hin und wieder wurden männliche Löwen mit führenden Tiergärten ausgetauscht, um Inzucht zu verhüten, die Entartung an Größe und Intelligenz zur Folge hat. Ist die Farm eines Tages so weit, so werden sich die Einnahmen beträchtlich erhöhen, denn untrainierte junge Löwen bringen auf der Löwenbörse etwa 1500 Dollar.

Die Löwen erhalten Pferdefleisch, und die Jungen Ziegenmilch, wenn die Mutter sie nicht säugt. Kranke Löwen werden mit Hühnern gefüttert.

Gelegentlich erheben alle Tiere der Farm zugleich ihre Stimme. Das ist dann ein wahres Höllenorgel. Das drohende Gebrüll der Löwen vereint sich mit dem Wiehern der Pferde, während Ziegen und Hühner in das Konzert einstimmen. Jeder Jazzfreak kann davon lernen.

Pflanzenveredelung

Die Probleme der Pflanzenveredelung finden in der Öffentlichkeit gewöhnlich nicht die Beachtung, die sie verdienen. Stellt doch die Pflanzenveredelung ganz allgemein den Versuch dar, die Befriedigung der menschlichen Lebensbedürfnisse auf ein höheres Niveau zu heben. Besonders für die Länder wie Deutschland, die auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln angewiesen sind, eröffnet sich hier die Aussicht, durch Einführung wissenschaftlicher Methoden Unabhängigkeit und Verbesserung der Lebensmittelförderung zu erreichen. Die Versuche, die in letzter Zeit in dem noch jungen Institut für Züchtungsforschung (Müncheberg) und im Kaiser-Wilhelm-Institut (Berlin-Dahlem) durchgeführt wurden, lassen bereits andeutungsweise die auf diesem Gebiete erzielbaren Fortschritte erkennen.

Man hat sich die Aufgabe gestellt, an Pflanzen durch Behandlung mit bestimmten Chemikalien erbliche Veränderungen hervor-zurufen. Daß Pflanzen durch chemische Einwirkung gewissen Veränderungen unterliegen, war schon längere Zeit bekannt. Es war aber bisher noch nicht geklärt, ob diese künstlich herbeigeführten Veränderungen im Aufbau der Pflanzen erblich sind. An den verschiedenen Chemikalien wurde nun untersucht, ob und welcher Einfluß sie auf die Zellbestandteile der Pflanzen ausüben. Dabei gelangten zur Verwendung: Schwermetallsalze, Leichtmetallverbindungen, einfache und komplizierte Kohlenwasserstoffe, organische Säuren, Alkohole, arfenhaltige organische Verbindungen u. a. Die gebrauchten chemischen Stoffe erwiesen sich dann für die vorliegenden Zwecke als geeignet, wenn sie so auf den chemischen Charakter der Pflanzenzelle einwirkten, daß sichtbare erbliche Veränderungen der Pflanze (Mutationen) auftraten. Unter den geprüften chemischen Substanzen konnte eine solche mit einer ihr eigentümlichen Wirkung noch nicht aufgefunden werden. Dagegen wurde festgestellt, daß entsprechend der Stärke des ausgeübten Reizes und der Art der chemischen Verbindung die mannigfaltigsten Formveränderungen an den Pflanzen erzeugt werden, und daß sich diese Veränderungen auch auf die nachfolgenden Pflanzengenerationen vererben. Es ist bemerkenswert, daß hier — also durch chemische Behandlung — eine erbliche Beeinträchtigung der pflanzlichen Fruchtbarkeit eintreten kann, die in einzelnen Fällen bis zur völligen Sterilität ansetzt. Interessant ist auch die Beobachtung, daß zahlreiche unter der gefundenen Formveränderungen mit den durch Radiumbestrahlung erzeugten übereinstimmen.

Die bisherigen Versuche sind als ein vielversprechender Anfang zu betrachten. Von dem Umfang des untersuchten Materials und der Planmäßigkeit der Forschung wird es abhängen, ob sie weiterhin auch zu praktisch wichtigen Ergebnissen führen werden. Immerhin wurden schon im Jahre 1929 in Müncheberg und Dahlem etwa 150 000 Pflanzen angebaut. Sie und ihre Eltern und Großeltern wurden als Samen, Keimling oder junge Pflanzen in Chemikalienlösungen behandelt und auf ihre Verhalten geprüft. Allerdings waren die Mutationen wohl meist krankhafter Natur, die veränderten Formen zeigten sich weniger leistungsfähig als die ursprünglichen. (Diese Beobachtungen sind für die Erforschung der hierbei grundlegenden Erscheinungen natürlich auch wertvoll.) Aber in einer beträchtlichen Anzahl von Fällen waren die erzeugten Formen auch größer und üppiger, was als eine Veredelung erreicht worden. Demnach ist durchaus die Möglichkeit gegeben, die Mannigfaltigkeit der Pflanzenformen willkürlich zu erhöhen, die Leistungsfähigkeit der Pflanzenrassen (und vielleicht auch der Tierassen?) künstlich zu steigern. Von besonderer Bedeutung würde es sein, wenn es gelänge, die Pflanzen mit Hilfe dieser Methoden gegen Schädlinge unempfindlich zu machen. Sehen doch heute noch durch Pflanzenkrankheiten und -schädlinge unermessliche volkswirtschaftliche Werte verloren.

Wie die Japaner ihre Zwergbäumchen kultivierten. Die Kunst, Bäume im Zwergwachstum zu erhalten, wird in Japan seit dem 13. Jahrhundert systematisch angeübt. Sie besteht darin, das Wachstum des Baumes auszubalancieren, so daß dieser bei voller Wahrung aller Eigentümlichkeiten seiner Art nicht über eine Höhe von 50 bis 60 Zentimeter hinauswachsen kann, selbst wenn er ein Alter von 200 Jahren erreicht. Die Mehrzahl der in Japan heimischen Baumarten eignet sich vortrefflich zu dieser künstlichen Züchtung. Das gilt für den Ahorn, die Eiche und die große Zahl von Koniferen, zu denen Kiefer, Zedern, Lebensbäume und andere gleichartige Pflanzen gehören. Man läßt den Samen der ausgewählten Art in außerordentlich kleine Kästchen aus, die nur eine geringe Menge Erde enthalten. Nach erfolgter Keimung wartet man, bis die junge Pflanze mit ihren Wurzeln alle ihr zur Verfügung stehende Nahrung aufgezehrt hat. Dann verpflanzt man sie in ein Gefäß, das ein klein wenig größer ist. Ist dieses kleiner als von den Wurzeln des Sprößlings ganz durchsetzt, so tritt ein etwas größerer Topf an seine Stelle, und dieser Umpflanzungsprozess setzt sich während der ganzen Dauer der pflanzlichen Existenz unaufhörlich fort. Diese Züchtungsmethode, die, wie man sieht, darauf beruht, der Pflanze die Nahrung zu entziehen, wird in Japan durch Spezialisten betrieben. Nach der gärtnerischen Anschauung und Erfahrung des Westens würde man indes in wachstumsfördernd durch Ueberfröpfung von Zwergpflanzen der Koniferen solche Zwergbäume, wie sie die japanische Mode bevorzugt, viel rascher erhalten.

